Berliner Anzünder

4/72 preis: 60 pf, Westgermanien: 70 pf. DDR: 2 jahre knast, linie: ernst und parteiergreifend



AUS DEM INHALT: Interview mit einem Siemens-Lehrling
>Unsere Siemens-Welt< - Eine „Festschrift" zum 125jährigen Bestehen



Jugendliche gegen Bürohengste



WIR HABEN IN JUGENDHEIMEN TISCHTENNIS GESPIELT.



Dann gabs nichts zu saufen, sind wir lieber mit der Clique in die Kneipe gegangen. Zuhause haben wir vorm Fernseher gesessen und gewartet, daß die Alten verschwinden, damit man die Braut hochholen kann. Außerdem gabs laufend Putz, weil der Vater vom Ackern sauer war.
Andere von uns waren im Heim eingesperrt, andere auf Trebe, haben rumgelungert, weil sie keine Bleibe hatten, in Kneipen oder Schuppen.



Einige, die schon eine Wohnung hatten haben abends alleine da rumgehockt, abgeschlafft von Arbeit.
Wir haben uns in den Freizeitheimen kennengelernt und haben eine Fabrik

WIR BEZAHLEN KEINE MIETE

Ein Drittel von uns sind Schüler, die von den anderen mit unterhalten werden. Wir zahlen selbst Steuern und wollen lieber unser Haus als die Deutsche Oper finanzieren!

WARUM HAT DER SENAT DAS HAUS NICHT SOFORT RÄUMEN LASSEN?

1. Um der Kreuzberger Bevölkerung vorzumachen, daß er was für die Jugendlichen tut.
2. Der Senat sah eine Möglichkeit, gerade durch das besetzte Haus die Jugendlichen unter Kontrolle zu bringen und es zu seinem Projekt zu machen:

Er wollte eine Kontrolle durch die Sozialarbeiter reinsetzen, die sogar ausgesucht werden durften. ("Das sind ja Beamte, die wegen ihrer Pension unseren Job machen werden"). Dabei haben sie sich getäuscht. Sie haben nicht damit gerechnet, daß die Sozialarbeiter von den Jugendlichen lernen würden! Das sogenannte "Mitarbeiter-Gremium" wurde gleich am Anfang aufgelöst. Aus Kontrolleuren wurden Mitkämpfer.



Die Kontrollparagrafen im Senatsvertrag:

§ 7 (1): "Der Nutzer erklärt sich zum Informationsaustausch und zur Konfliktregelung mit Vertretern der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport und dem Bezirksamt Kreuzberg von Berlin bereit. Diese Kommunikation und Kooperation dient folgenden Zwecken:

a) der inhaltlichen Auseinandersetzung über die Entwicklung des Projekts und der Konfliktregelung im Einzelfall;

(DAS RAUCHHAUS IST KEIN "PROJEKT" DES SENATS! - Rauchhaus-Kollektiv)

b) der Auswertung und Nutzung der Erfahrungen aus dem Projekt für den Bereich der Jugendhilfe."

(WIR WOLLEN DIREKTE VERMITTLUNG ZU DEN JUGENDLICHEN UND NICHT ÜBER UNGLAUBWÜRDIGE DRITTE! - Rauchhaus - Kollektiv)

Protokollnotiz des Senats zum § 7: Informationen oder Zusammenarbeit im Konfliktfall....sind die Voraussetzung für die Senatsverwaltung und des Bez.-Amt Kreuzberg, überhaupt zu einer eigenen Meinungsbildung gelangen zu können.... Wird der Senatsverwaltung eine eigene Meinungsbildung unmöglich gemacht, kann nicht erwartet werden, daß sie für das Projekt Partei ergreift."

§ 17: "Eine fristlose Kündigung ist zulässig, wenn einer der Vertragschließenden Verpflichtungen aus diesem Vertrag beharrlich, d.h. trotz zweimaliger Abmahnung durch einen anderen Vertragsschließenden, zuwiderhandelt."

Auslegung des Senatssprechers: "Wir haben hier keinen Verhandlungsspielraum mehr gesehen, weil wir ja auch erst mal die Flugblätter lesen und hören wollen, was auf dem Teach-in gesagt wird. Und wenn da eine Zielsetzung letztlich ist, daß es hier geht um den Kampf um den Staatsapparat, insbesondere hier gegen die Jugendverwaltung, und überhaupt den Kampf gegen Reformen - so sehen wir

da nicht mehr zurück!.... Ich habe Gründe für die Beibehaltung der fristlosen Kündigung...., wenn das beibehalten wird, diese Richtung; klar, dann nennen wir das beharrliches Zuwiderhandeln!.... Eine Kündigungsmöglichkeit wäre z.B., wenn Sie jetzt als Kollektiv Besetzungen begrüßen oder daran teilnehmen."

WENN SIE UNS NICHT KONTROLLIEREN KÖNNEN, KÜNDIGEN SIE UNS UND WENN SIE UNS KONTROLLIEREN KÖNNEN, KÜNDIGEN SIE UNS AUCH, WEIL IHNEN UNSERE RICHTUNG NICHT PASST!

Unser Vertragsentwurf:

§ 8: "Der Nutzer erklärt sich bereit, bei konkreten Anlässen mit Vertretern der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport und dem Bezirksamt Kreuzberg zu verhandeln.

Die Verhandlungen werden folgendermaßen gestaltet:

Die Vertragsschließenden haben das Recht, unter Angabe des Grundes ein Gespräch zum Zwecke der Information oder der gegenseitigen Abstimmung anzuberaumen....

Der Nutzer verpflichtet sich weiter, seine Erfahrungen allen anderen Jugendlichen in den Heimen und Einrichtungen der Jugendpflege mitzuteilen (Senatsvertreter können dabei anwesend sein)."

§ 16: "Eine fristlose Kündigung ist nicht zulässig. Innerhalb der Laufdauer von 5 Jahren kann bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus dem Vertrag nach zweimaliger Abmahnung gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt in diesem Fall 6 Monate."

In zwei Terminen haben wir viele Kompromißergebnisse erreicht. Diese Verhandlungen wurden für ungültig erklärt.
Sie legten uns einen anders formulierten Vertrag mit altem Inhalt vor und erklärten, es könne kein Wort am Vertragstext geändert werden, wir sollten unterschreiben oder wir würden gekündigt.
Dazu Senatsvertreter (Tonband vom 19. 10.): "Frau Reichel kann Ihnen in Verhandlungen doch nichts zugestehen! .... Wenn in einer Sitzung kein Vertreter, der authentisch für Kreuzberg sprechen kann anwesend ist, müssen Sie mit sowas rechnen, tut uns leid..

(DAS VERHANDLUNGS-GREMIUM WAR

besetzt als eigenes Jugendzentrum.
Es kamen immer mehr Leute an, die zusammen wohnen wollten. Deshalb haben wir ein seit zwei Jahren leerstehendes geheiztes Haus besetzt.



WIR HABEN DAS RAUCH-HAUS OHNE CHEFS AUFGEBAUT!

Keiner hat mehr zu sagen als der andere, jeder muß dazu beitragen, daß das ganze läuft. Zweimal in der Woche treffen wir uns alle und besprechen und organisieren alles zusammen. Das nennen wir "Plenum". Das mußten wir erst lernen, weil wir in Schule, Betrieb, Heim und zuhause immer nur hören: Wenn du dich nicht unterordnest, fliegst du raus! Wenigstens zuhause wollen wir ohne Chefs auskommen - und wir haben gezeigt, daß das geht.



Er wollte bestimmte Personen als Verantwortliche von uns abtrennen. Einzelne kann man leichter unter Druck setzen und vollquatschen. Wir haben uns nicht darauf eingelassen und sind immer alle zusammen hingegangen und haben gemeinsam verhandelt.

Im Februar 72 lehnten wir Unterhaltsgelder vom Senat ab, um unabhängig zu bleiben. 35.000 DM sagte uns der Senat zu, für Kücheneinrichtung, Waschmaschinen usw. Als die Sozialarbeiter aber nicht mehr in seinem Sinn spurten, zögerte er die Zahlung hinaus und sagte dann: Das Geld gibt es nur, wenn ihr einen neuen Vertrag unterschreibt! Gleichzeitig merkte der Senat, daß wir nicht länger wie Robinson Crusoe auf seiner Insel uns im Haus mit uns selbst beschäftigen, sondern Volks- und Kinderfeste machten, unsere Erfahrungen in Zeitungen, einer Dokumentation und Teach-Ins verbreiteten, an der O-Tarif-Kampagne teilnahmen und Kontakte mit Jugend- und Gewerkschaftsgruppen aufnahmen.

DIE KONSEQUENZEN BEI ANDEREN JUGENDGRUPPEN UND DAS BEISPIEL - IST DAS, WAS DER SENAT FÜRCHTET!!

Die Konsequenzen - weitere Hausbesetzungen Übernahme von Jugendheimen in Senats verwaltung, Proteste von Lehrlingen in Betrieben und Wohnheimen - versucht der Senat aufzufangen, indem er jetzt Häuser mit "Selbstorganisation" einrichtet, die er aber überwacht. Zum Beispiel das Projekt Wilhelmstraße, wo denjenigen, die auf echter Selbstverwaltung bestehen die Räume wieder entzogen werden.

Wir haben den diktierten Vertrag des Senats nicht unterschrieben. Darauf wurden wir zum 31.Januar 73 gekündigt.

den Kampf gegen Reformen - so gehen wir

Georg-v.-Rauch-Haus



der Kapitalist

der Senat

die Lehrlinge, Arbeiter, Schüler......

G.von Rauch-Haus.

gemeinsames Plenum.

Hier werden die Probleme, die durch das tägliche Zusammenleben entstehen gemeinsam und gleichberechtigt besprochen.

(DAS VERHANDLUNGS-GREMIUM WAR ALSO NIE VERHANDLUNGSFÄHIG!)

Senatsvertreter: "Wir sehen an Ihrer Diskussion, daß Sie eine neue Verhandlung führen wollen. Wir sind hier bitte, an diesen Vertragstext gebunden. Wenn Sie nicht bereit sind, diesen Vertrag zu schließen, naja, dannläuft die Sache morgen ab wie Sie sich das denken können."

DAS RAUCH-HAUS IST KEIN EINZELFALL

In Westdeutschland und West-Berlin gibt es zur Zeit insgesamt

400 Initiativen

für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum!

Solidarität mit dem Rauch-Haus!

Solidaritäts-Resolutionen wurden von folgenden Berliner Gewerkschaftsgruppen verabschiedet:

ÖTV - BJA; IG-METALL - OJA; IG-METALL-Jugend-Gruppen DeTeWe, BBC, Nord, Süd; ÖTV - zentrale Gruppe Spedition; Mitgliederversammlung Bund gew. Ärzte ÖTV.

Bremen: DGB - zentr. Jugendgruppe
Köln: DRUPA - zentr. Jugendgruppe
Solidaritätskomitees in Köln und Hamburg

2500 demonstrierten für das Rauch-Haus!

Zur Demonstration am 8. Dezember 1972 riefen u.a. folgende Gruppen auf:

Evangelische Industriejugend - Stadtteilgruppen Neukölln, Kreuzberg, Wedding - Republikanischer Club, Friedrich Fröbelhaus - Wichern-Kolleg - Drugstore - Rote-Hilfe - Fachhochschule FHSS - SAG-PFH - Berliner Heimerzieher-Konferenz -SA-Physik ab der TU - ML-Hochschulgruppen - Spartacus (Kommunistischer Jugendorg. - Rote Garde - KJD - GSSK - GuM -Georg-von-Rauch-Haus-Kollektiv - Jugendzentrum Kreuzberg - SHL u.a.

FORDERUNGEN DER DEMONSTRATION:

1. Rücknahme der Kündigung
2. Neue Verhandlungen
3. Keine Kontrolle, keine fristlose Kündigung
4. Forderungen der Lehrlinge in Wohnheimen und der Jugendlichen in Heimen
5. Selbstverwaltete Häuser für Jugendliche!

...UND NICHT MEHR LANGE, MACH DICH BEREIT...

Aus der neuen Doppel-LP der TSS:

Der Mariannenplatz war blau
So viel Bullen waren da
Und Mensch Meier mußte heulen
Das war wohl das Tränengas
Und da fragte irgend jemand
"Sag mal ist hier heut ein Fest?"
"Sowas ähnliches" sagt jemand
"Das Bethanien wird besetzt"
"Wird auch Zeit" sagt Mensch Meier
"Stand ja lange genug leer
Ach wie schön wär doch das Leben
Gäb es keine Pollies mehr"
Doch der Einsatzleiter brüllte
"Räumt den Mariannenplatz
Damit meine Knüppelgarde
genug Platz zum Knüppeln hat"

Doch die Leute im besetzten Haus
Riefen "Ihr kriegt uns hier nicht raus
das ist unser Haus - schmeißt doch endlich
Schmidt und Press und Mosch
Aus Kreuzbergraus"

Letzten Montag traf Mensch Meier
Inder U-Bahn seinen Sohn
Der sagte "Die wollen das Rauch-Haus räumen
Ich muß wohl wieder zu Hause wohn'"
"Ist ja irre" sagt Mensch Meier
"Sind wir wieder einer mehr
In unserer Zweizimmer-Luxuswohnung
Und das Bethanien steht endlich wieder leer
Sag mir eins - haben die da oben
Stroh und Scheiße in ihrem Kopf?
Die wohnen in den schärfsten Villen
Unsereins im letzten Loch
Wenn die das Rauch-Haus wirklich räumen
Bin ich aber mit dabei
Und hau den ersten Bullen
Ihre Köpfe ein

Und ich schrei es laut
"Ihr kriegt uns hier nicht raus
Das ist unser Haus - schmeißt doch endlich
Schmidt und Press und Mosch
Aus Kreuzberg raus"

Der Senator war stinksauer
Die CDU war schwer empört
Daß die Typen sich jetzt nehmen
Was ihnen sowiso gehört
Aber um der Welt zu zeigen
Wie großzügig sie sind
Sagten sie "Wir wollen später reden
Bleibt jetzt erstmal drin"
Und nach vier Monaten
Stand in Springers heißem Blatt
Daß das Georg von Rauch-Haus
Eine Bombenwerkstatt hat
Und die einzigen Beweise
Waren zehn leere Flaschen Wein
Zehn leere Flaschen können
Schnell zehn Mollies sein

Doch die Leute im Rauch-Haus
Riefen "Ihr kriegt uns hier nicht raus
Das ist unser Haus - schmeißt doch endlich
Schmidt und Press und Mosch
Aus Kreuzberg raus"

(Rauch-Haus-Song)



AGITROCKBAND BERLIN



Einen Tag vor der Rauch-Haus-Demonstration in Kreuzberg spielten die Ton - Steine - Scherben zum Teach in dieser Demonstration in der TU.



BULLENÜBERFALL AUF TON-STEINE-SCHERBEN

Mittags um halb eins klopft es bei uns sehr faschistisch. Ich mach die Tür auf und sofort stürzen sich zwei Bullen auf mich, werfen mich an die Wand und tasten mich ab. Die anderen zwanzig stürmen mit Mg's und Knarren in der Hand ins Gemeinschaftszimmer und brüllen: Hände hoch ...!
Auf die Frage, was sie denn wollen,geben sie keine Antwort.

Zur selben Zeit kommt der Lehrer, der zwei Stockwerke über uns wohnt, nach Hause. Als er die Treppen raufgeht, schnappen ihn die Bullen und erklären ihm, daß er vorläufig festgenommen ist. Warum, wird ihm nicht gesagt. Auf seine Frage nach der Dienstnummer, kriegt er die Antwort: "4711". Fiffi erklären sie, gegen ihn läge ein Haftbefehl vor, weil er die Strafe von 10 Mark für falsches Parken noch nicht bezahlt hätte. Erst wolln sie ihn mit 'ner Knebelkette abführen, aber der eine Bulle drückt ihm die Knarre zwischen die Rippen und meint: "Hiermit bin ich schneller". Klack!

Nach und nach werden wir alle in ihren chicen Reisebus verfrachtet und ins nächste Bullenrevier gefahren. Bei dem alten Ehepaar über uns wird noch die Tür mit der Axt eingeschlagen. Warum wissen die Götter.

Auf dem Bullenrevier nehmen sie dem Lehrer seine Pfeife ab und das Notizbuch, in dem er die Noten für seine Schüler einträgt. Dann suchen sie in allen Zellen einen mit einem roten Pullover. Sowas haben vier Leute von uns an, also nehmen sie den Jüngsten. Sie meinen, er soll jetzt auspacken, daß er mit den Katschis geschossen hat. Weil er die Aussage verweigert, treten sie ihm in den Arsch und stellen ihm ein Bein.

Dann werden alle bis auf Fiffi in die Friesenstraße verfrachtet. Da werden wir zum viertenmal abgetastet. Personalien festgestellt. Die Mädchen werden ausgezogen. Sonst passiert nichts. Der Lehrer wird schnell wieder freigelassen, nachdem sie festgestellt haben, daß er wirklich Lehrer ist. (Er hat verdächtig kurze Haare.) Um zehn dürfen wir dann gehn, nur die drei Jüngsten nicht. Weil sie nicht gemeldet sind. Angy haben die Bullen einfach selber im Rauchhaus abgemeldet. Und Andys Wohngemeinschaft war ebenfalls so freundlich, ihn einfach abzumelden, weil sie ihn zwei Tage nicht mehr gesehen hatten. Andy und Fritz werden bis zum nächsten Tag festgehalten.

Inzwischen haben die Bullen fünf Stunden lang die Wohnung durchwühlt. Sich die neue Doppel LP angehört, 6000 Katschis (Schleudern), ein paar Platten, Werkzeug und zwei Plakate, auf denen eine eingeschmissene Fensterscheibe abgebildet war, beschlagnahmt.

Am nächsten Tag haben wir von unsrer Lebensmittelhändlerin erfahren, daß sie die "Polizei" angerufen hatte, weil jemand, der bei uns zu Besuch war, bei ihr nachts mit krummgebogenen Schrauben die Fensterscheiben eingeschossen hatte.





LEHRLING BEI SIEMENS:

»... zu Hause und in der Firma schon genug Ärger ...«

Anfang Dezember interviewte ein Mitarbeiter des Berliner Anzünders einen Lehrling von Siemens. Sein Name ist der Redaktion bekannt. Er ist 16 Jahre alt. Sein Vater ist unselbständiger Handwerker und seine Mutter arbeitet als Löterin bei Siemens. Er ging 10 Jahre zur Schule, eine Klasse hat er zweimal durchlaufen. Seine Hobbys sind Tanzen, mit Mädchen ausgehen und Motorradfahren. Politik interessiert ihn nicht. Er ist Lehrling im ersten Lehrjahr. Die Lehre hat er am 1.4.1972 im Siemens-Röhrenwerk begonnen. Seit einem Monat arbeitet er im "Gebäude 10".

Frage:
Kollege, du bist Lehrling in der SIEMENS-Lehrwerkstatt. Ich möchte mich mit dir über deine Arbeit und deine Ausbildung unterhalten. Vor allem interessieren mich die Arbeitsbedingungen der Siemens-Lehrlinge?

Antwort:
Also, wir fangen um dreiviertel sieben an zu arbeiten. Da lesen sie, also der Obermeister, so 'ne Liste vor, wo die Namen draufstehen, also ob wir auch alle da sind. Dann meint er "Frohes Schaffen" und dann fangen wir eben an, was so grad anliegt. Feilen und so.

Frage:
Du sagtest eben Obermeister; daraus kann man schließen, daß da noch mehr Meister oder Aufsichtspersonen anwesend sind. Wieviel Meister habt ihr und wieviel Lehrlinge sind in dieser Lehrabteilung?

Antwort:
Na ja, wir haben fünf Meister und einen Ober. Hier im Gebäude 1o sind wir etwa 4o Lehrlinge. Im Röhrenwerk waren es so um die 8o. Aber eigentlich bin ich froh, daß ich jetzt im Gebäude 1o bin, denn im Röhrenwerk war's noch viel schlechter als hier.

Frage:
Was war denn im Röhrenwerk schlechter und was ist im Gebäude 1o nicht in Ordnung?

Antwort:
Ach, hier keifen und brüllen nur die Meister rum und machen so auf Kaserne; das ist schon ganz schön Scheiße. Aber im Röhrenwerk, Mann oh Mann, da ham sie uns auch getrietzt und das Fressen war zum Kotzen; so'n richtiger Schweinefraß. Das haben wir meistens wieder zurückgegeben.

Frage:
Und im Gebäude 1o ist das Essen besser?

Antwort:
Ja, das geht, das ist ganz gut.

Frage:
Erzähle mir etwas über deine Ausbildung.

Antwort:
Na ja, wir machen so ziemlich alles. Auch noch Feilen und so wie im Röhrenwerk. Aber wir können auch schon mal an die Dings..an ja, an die Fräs- und Drehbänke und wenn man dann sieht, wie da so'n Werkstück gut wird, dann freut man sich auch drüber.

Frage:
Was hast du schon alles hergestellt?

Antwort:
So 'ne Kleinigkeiten. Also zuerst hab ich mal zwei kleine Schraubzwingen gemacht, alles mit der Hand gefeilt und die Schraubgewinde selber geschnitten. Dann hab ich noch ein Winkel gemacht, so anne Fräsbank, Mensch det war ganz schön schwierig, aber es ist ganz gut geworden. Und 'ne komplette Laubsäge hab' ich auch gemacht, so mit Sand ins Rohr füllen und Biegen. Warte, ich zeig' dir das Zeug mal, das durften wir mitnehmen nach Haus.

Frage:
Mann, das sieht ja wirklich gut aus; was sagten denn deine Meister dazu?

Antwort:
Ach, für die Laubsäge hab' ich 'ne Drei gekriegt das Andere war woll nicht so. Mir macht's ja auch Spass, aber wenn man det Gebrülle von dem Ober hört, kriegt man genug. Alles ist dem nicht recht, die kriegen sich ja man immer in die Wolle, die Meister miteinander. Und dann lassen sie die Wut an uns aus und dann brüllen sie mit uns rum.

Frage:
Erzähle mal ein paar Einzelheiten.

Antwort:
Also, einen Meister haben wir, der ist ja woll ganz in Ordnung; der macht auch mal einen Spass mit und bei dem lernen wir auch was. Aber die Andern, besonders der Ober, Pasch oder Pahlke heist der, so genau weiß ich das nicht denn ich bin ja erst einen Monat da und dann sind so viele Namen, die kann man garnicht alle behalten; aber den Ober kennt garantiert jeder vom Gebäude 1o was das für ein Schwein ist und wie der die Leute schikaniert.

Frage:
Kannst du mir ein paar Sachen erzählen, die so passiert sind?

Antwort:
Ja, also das sind meistens nur Kleinigkeiten, aber das geht einem so richtig an die Nerven. Da is-z.B., wenn der Marketenderwagen rumkommt mit die heißen Würstchen, dann hat es geheisen,na ja, wir dürfen mal während der Arbeitszeit so'n Würstchen essen und wenn sich nu einer 'ne Schrippe mit zu nimmt, dann kommt der Ober gleich angerannt und schreit: "Ist das auch ein Würstchen, du Würstchen?" Und dann muß man die Schrippe wegpacken, das ist doch nicht normal,wa?

Oder, da war mal einer, wie die sich so gegenseitig ankeifen, die Meister. Also da hat ein Meister einem Lehrling gesagt, das und das ist zu machen und wie dann der Ober kommt und das ansieht, schreit er gleich rum was das für'n Mist wäre und wer das angeschafft hätte. Dann brüllt der andere Meister dagegen, das wär sein Werkstück und das hätt' er selber gemacht und dann brüllen se, bis se ganz rot am Kopp sind, mefste, das macht Spass, da noch was zu machen?

Frage:
Das glaube ich dir gerne, dass das keinen Spass macht. Weißt du noch mehr solcher Begebenheiten?

Antwort:
Ja, da is zum Beispiel, da in der Werkstatt, da dürfen wir nicht laut sein, nur flüstern und so. Aber die Maschinen, die machen ja auch Krach,daß man nix versteht und wenn man dann mal was wegen der Arbeit fragt, oder mal 'n Werkzeug, na, dann geht das Gebrülle gleich wieder los, Schnauze halten und so.

Frage:
Das geht aber doch wohl nicht den ganzen Tag so?

Antwort:
Ne, wenn er mal raus is, für 'ne Stunde oder so, dann is direkt mal Ruhe im Laden. Dann is gleich die Luft besser.

Aber Abends, Mann, da ist jeden Abend der Teufel los, wenn die Bude saubergemacht wird. Det is wirklich wie beim Militär.

Frage:
Erzähl mal, wie geht das vor sich?

Antwort:
Na ja, anne Türe hängt ein Zettel und da stehen die Namen drauf von den,na die am Saubermachen dran sind. Sind immer 9 Mann, immer jeden Tag andere. 8 machen die Gänge und einer die Waschbecken. So'n Blödsinn, hinterher müssen wir uns ja auch waschen und dann sindse wieder dreckig und müssen nochmal saubergemacht werden. Also det Ding mit die Besen: Da muß der vom ersten Gang raus annen Besenschrank und ausgeben. Die Andern treten inne Reihe nach an, dann fangen wir auf sein Kommando an zu fegen.
Wenn wir fertig sind, kommt der Ober angucken, ob auch alles sauber ist. Dann brüllt er: 1. Gang abtreten, Besen abgeben und dann die anderen Gänge genau so, wie mitte Stoppuhr,so'n blödes Theater.

Frage:
Und dann könnt ihr nach Hause gehen?

Antwort:
Denkste! der kiekt auf die Uhr, bis es genau dreiviertel vier is. Dann brüllt er: Wiedersehen und daß ihr mir morgen ja alle da seid!

Frage:
Ihr seid doch 4o Lehrlinge in der Abteilung. Habt ihr euch schon einmal Gedanken gemacht, wie ihr diese Schikanen abstellen könnt?

Antwort:
Was solln wir machen? wenn einer die Schnauze aufmacht, kriegt er ganz schnell die Papiere. Einer hat mal was gesagt wegen Ausfegen und militärisch und so, gesagt da hat ihm der Ober gleich gesagt, er kann am andern Tag seine Papiere abholen, da hat der dann nichts mehr gesagt.

Die Mutter des Lehrlings wendet ein:
Aber es gibt doch Stellen im Betrieb, an die man sich wenden kann; z.B. den Betriebsrat und die von der Gewerkschaft.

Antwort:
Ja, denkste! Die haben noch nie was dagegen gemacht!

Frage:
Gibt es unter den Lehrlingen auch welche, die in politischen Gruppen sind?

Antwort:
Ne du, bei uns kenn ich keine, aber vorm Tor stehen manchmal welche und verteilen so'n Zeug, Zeitungen und so.

Frage:
Hast du dir so eine Zeitung schon mal genommen und sie gelesen?

Antwort:
Ja, hab ick, aber das ist auch Scheiße. Da schreibense sone ganz große Überschrift über Siemens und wennde dann reinguckst, steht nur so'n politischer Kram drin, über Vietnam und Kommunismus und so'n Kram. Die wollen doch nur, dass wir kommunistisch werden, aber machen, nee, das können die auch nichts, die arbeiten ja garnicht da. Die quatschen blos immer über Kommunismus und so. Und über Siemens schreibense dann man blos so'n kleines Stückchen.

Frage:
Was sind das für Zeitungen, die da am Werkstor verteilt werden? Kannst du dich daran erinnern?

Antwort:
Ja, da is sone kleene, Roter Funken heist die, glaub ick und dann noch eene mit 'ner roten Fahne oder die heißt so; die stehen oft da. Aber auch Andere. Manche nehmen sich welche, aber die meisten gucken schon garnichtmehr hin weil immer derselbe Quatsch drinsteht; erst 'ne große Überschrift über Siemens und dann nur noch über Vietnam und so.

Frage:
Könntest du dir vorstellen, daß Siemens mit Vietnam in Zusammenhang stehen könnte?

Antwort:
Nee, das versteh' ich nich'. Das gibt's doch garnicht. Wat soll'n die Schikaniereien denn mit Vietnam zu tun haben?

Frage:
Du bist doch erst ein Jahr aus der Schule, habt ihr im Fach Staatsbürgerkunde nie etwas über den Vietnamkrieg gehört?

Antwort:
Also ja, det hammer schon. Mit die Amis und so. Det die da unten gegen den Kommunismus kämpfen. Aber det interessiert mich nich' so sehr. Ick hab' ja Zuhause und in der Firma schon genug Ärger.

Frage:
Die Leute da unten, die Vietnamesen, haben schon seit über 1oo Jahren Krieg im Land. Portugiesen, Japaner, Franzosen und jetzt die Amerikaner kämpften in diesem Land, um seine Bodenschätze auszubeuten zu können und um billige Arbeitskräfte zu haben. Die Menschen dort werden mit Schikanen, Drohungen und Schlägen gezwungen, für die jeweiligen Sieger zu arbeiten. Auch du arbeitest hier unter Schikanen und Drohungen; siehst du jetzt einen Zusammenhang?

Antwort:
Na ja, det is ja schon Scheiße mit dem Krieg da unten und so. Aber hier is doch Frieden und ick krieg ja auch Kohlen für meine Arbeit. Arbeeten muß ma überall, det is doch überall det Gleiche. Und 'ne Tretmühle - (Anm.: Motorrad mit Kickstarter) konnt' ick mir ooch schon leisten, hab ick mir von mein eigenes Geld gekooft. Meinste det et uns nicht besser geht als denen drüben im Osten? Un überhaupt, ick will mit die ganze Scheiße nicht zu tun ham, wat geht'n mir det an? Ick will meine Ruhe ham, ick hab schon so genug Ärger.

-+-+-+-+-+-+-+-+-+-+-+-+-

F. C. Delius
Unsere Siemens-Welt

Eine Festschrift
zum 125jährigen Bestehen des Hauses S.

Quarthefte Verlag Klaus Wagenbach Berlin

Diese ironische "Festschrift", aus der wir hier einen Auszug bringen, versuchten Abs und die Firma Siemens gerichtlich aus dem Verkehr ziehen zu lassen. In der 2. Auflage mußte lediglich eingeschwärzt werden, das Abs Ende des 2. Weltkriegs auf der Liste der "ökonomischen Kriegsverbrecher" stand und "Spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank" gewesen sei.

Die in dieser Schrift angegebenen Daten entsprechen den Tatsachen. Sie eignen sich gut zur Agitation bei Siemens.

AUS DER GESCHICHTE

Die Siemens-Belegschaft war dank des riesigen Kriegsgeschäftes und neuer Beteiligungen 1943 auf rund 250 000 angewachsen! Eine Zahl, die erst 1965 wieder erreicht werden sollte – oder die, wenn man die damals im großdeutschen Machtbereich Beschäftigten mit den heute im Inland Beschäftigten vergleicht, bis heute nicht wieder ereicht ist (1971: 234 000). Freilich gehörten der großen Siemens-Familie nicht nur freie deutsche Lohnarbeiter, sondern auch Juden und Ausländer an, die die Zeitumstände zu Sklaven gemacht hatten. Da nicht wenige von diesen in die Konzentrationslager eingewiesen wurden, herrschte eine für die kontinuierliche Produktion nicht sehr förderliche Fluktuation. So fügte es sich z. B., daß die 2 000 Häftlinge und Fremdarbeiter, die Anfang 1943 von Siemens zur Installierung des großen Vergasungskrematoriums im KZ Auschwitz eingesetzt waren, in eben diesem Krematorium ihr Ende fanden – und so verstummten auch die Zeugen für die Beteiligung des Hauses an diesen unerfreulichen Zeiterscheinungen.

Wie andere große Konzerne hatte auch Siemens mehrere Firmen-Lager, die oft mit KZs verwechselt wurden. So beherbergte das Lager Berlin-Haselhorst etwa 2 500 Menschen, darunter Kinder von 10-14 Jahren, meist Ausländer, zu denen das Siemenssche Aufsichtspersonal jedoch ein ganz erträgliches Verhältnis hatte. Den Häftlingen ging es nicht wesentlich schlechter als bei andern Firmen, sie verrichteten schwerste Arbeiten und konnten oft nur mit verfaulten Nahrungsmitteln durchgebracht werden. Jeden Monat wurden die jeweils 100 Schwächsten zwecks anderweitiger Verwendung ins KZ Sachsenhausen überführt. Die bis Anfang 1943 bestehenden Siemensschen Judenabteilungen waren bei den Juden durchaus nicht unbeliebt – bis auch hier der Staat sein bitteres Machtwort sprach.

WIR UND AFRIKA

Unsere größte ausländische Zweigniederlassung steht in einem Land, dessen Wirtschaftskraft, dessen politischem Schneid und dessen Mentalität wir seit über 75 Jahren verbunden sind – *Südafrika*. Wir finden in diesem Paradies der Investoren unsere wichtigste Stütze auf dem afrikanischen Kontinent, die Südafrikaner sehen in uns ihren größten Partner in der Elektrotechnik. Die fast unerschöpflichen Rohstoffquellen, die vorteilhaften Arbeitsgesetze, die billigen Arbeitskräfte – der schwarze Arbeiter ist auch bei gleicher Arbeit immer noch mit einem Fünftel vom Lohn des weißen Arbeiters zufriedenzustellen – und unsere guten Beziehungen zur einheimischen Industrie haben uns auf allen unseren Arbeitsgebieten einen großen Vorsprung und äußerst hohe Erträge gesichert. Fast das gesamte Fernschreibnetz Südafrikas und der Aufbau des automatischen Fernmeldewesens gingen auf unsere Rechnung. In Angola sind wir erst durch ein Konsortium zur Entwicklung von Eisenerzgruben und indirekt über Beteiligungsgesellschaften (u. a. Urangesellschaft) am Werk. In Mozambique dagegen nehmen wir an dem zukunftsträchtigsten Investitionsprojekt des südlichen Afrika teil, am Bau des Staudamms und Kraftwerks Cabora Bassa, ein Projekt, das unverständlicherweise sehr viele Gemüter erregt hat.

Da die Kritik an diesem unseren Engagement bis heute nicht verstummen will, sollen hier, in der gebotenen Kürze, unsere guten Gründe für diesen Bau wiederholt werden. Die Fakten: Gemeinsam mit französischen, südafrikanischen, italienischen und portugiesischen Firmen erstellen fünf deutsche Unternehmen (außer uns AEG, BBC, Hochtief und Voith) den größten Damm und die größte Energiequelle Afrikas. Der deutsche Anteil an diesem Auftrag im Wert von 2 Mrd DM beläuft sich auf ca. 700 Mio DM.

Abgesehen davon, daß uns dieses Projekt wahrscheinlich nicht gerade Verluste bringen wird, motivieren uns eine Reihe von allgemeineren sozialen Folgen zur Mitarbeit, die ohne die ideologische Brille gesehen werden müssen, weil sie nichts mit Politik zu tun haben: Wir schaffen verbesserte Infrastrukturen und somit Voraussetzungen für die Nutzung südafrikanischer, rhodesischer, malawischer und mozambiquischer Bodenschätze – was vor allem für das devisenarme und mit Verteidigungsaufgaben überlastete Portugal eine Lebensfrage ist. Wir dienen auch der deutschen Industrie, indem wir ihr den Weg zu wichtigen Rohstoffen ebnen. Ebenso der eng mit uns verbundenen südafrikanischen Industrie, an die bereits die erfolgversprechendsten Schürfrechte rund um den Damm vergeben wurden. Wir schaffen somit ein Bauwerk mit langfristigen humanitären und sozialen Wirkungen nicht zuletzt für die Länder, mit denen wir unsere guten Geschäftsbeziehungen zu erhalten und zu erweitern wünschen; und niemand, der auch nur eine leise Ahnung von wirtschaftlichen Gegebenheiten hat, sollte sich darüber erregen, daß wir in diesen unseren Partnern Portugal und Südafrika die stärksten Garanten der westlichen Zivilisation sehen, Garanten auch für unternehmerische Freiheit in einem noch unstabilen Kontinent. Und noch ein menschliches Argument: In Mozambique gibt es die herrlichsten Golfplätze der Welt, die sich zumindest die Golfspieler unter unseren Führungskräften auch langfristig zu erhalten wünschen.

Wir sorgen deshalb mit für die Aussiedlung Eingeborener und die Ansiedlung von möglicherweise einer Million Europäer im Sambesital, die den Portugiesen die Begründungen für die Zerschlagung der Buschkämpfer der sogenannten »Frelimo«-Bewegung erleichtern werden. Wir sorgen mit dafür, daß südafrikanische Truppen am militärischen Schutz der Dammanlagen und Leitungen teilnehmen und damit die Allianz zwischen Südafrika, Rhodesien und Portugal und ihre gemeinsame Vorwärtspolitik intensivieren.

Und unseren allzu ängstlichen Kritikern dürfen wir sagen, daß unsere Unternehmerrisiken äußerst begrenzt sind. Denn neben der Gewährung eines Exportkredits in Höhe von 286 Mio DM bürgt die Bundesrepublik mit 404 Mio DM gegenüber uns und den anderen deutschen Firmen für den Tag, an dem der Damm wider Erwarten in schwarzafrikanische Hände fallen sollte. Und selbst dann werden die Schwarzen von dem Damm nicht profitieren können, wenn sie sich nicht mit der Südafrikanischen Republik arrangieren – da die Kraftwerke vorerst nur dann wirtschaftlich arbeiten werden, wenn Südafrika ihr Hauptabnehmer mit 70 % bleibt. Kurz, wir leisten einen gewichtigen Beitrag zur Stabilisierung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verhältnisse in gesamt Südafrika.

UNSERE AKTIONÄRE

Über 300 000 Menschen – etwa so viel wie unsere Belegschaft – sind Eigentümer unseres Hauses. Ihrem Vertrauen in die Ertragskraft des Unternehmens danken wir die 1 189 Mio DM, die uns derzeit als Grundkapital zur Verfügung stehen. 90 % dieser unserer Aktionäre sind Deutsche, etwa ein Drittel von ihnen ist in Bayern zuhause.

Unsere Aktien sind breit gestreut, was nichts an der Tatsache ändert, daß 0,2 % unserer Aktieninhaber über 48,2 % des inländischen Aktienbesitzes verfügen. Darunter sind vor allem die Deutsche Bank und die Allianz-Versicherung mit größeren Paketen vertreten. Allein 13,3 % gehören, wie nicht anders zu erwarten, der Siemensschen Vermögensverwaltung, die 75 Familienmitglieder umschließt. Diese Familienaktien sind Vorzugsaktien, die ihren Inhabern in allen entscheidenden Fragen das sechsfache Stimmrecht garantieren, so daß sowohl die bewährten Traditionen als auch das zielsichere Fortschreiten des Hauses gewährleistet bleiben.

Die Garantie dieser Kontinuität und die Verantwortung des Erbes läßt sich die Familie nur bescheiden honorieren. Von den 154 Mio DM (bzw. 1 298 Mio), die zuletzt (bzw. in den letzten 10 Jahren) als Dividende ausgeschüttet wurden, konnte sich die Familie nur 19,9 Mio (172 Mio) gutschreiben lassen – jeder einzelne im Durchschnitt ca. 265 000 DM (2,3 Mio DM).

Geführt von der Familie und der Deutschen Bank, ist und bleibt die Siemens AG eine große und populäre Publikumsgesellschaft. Auch wenn 93,1 % der inländischen Aktionäre nur 22,4 % der Aktien besitzen, so sollte man daraus keine falschen Schlüsse ziehen. Die Aufgabe dieser guten Bürger – seien sie Mitarbeiter oder Hausfrauen, Ärzte oder Pensionäre – besteht ja allein darin, das Haus mit Kapital zu versorgen und ihr Stimmrecht nach Möglichkeit den mit der Unternehmensleitung verbundenen Banken zu überlassen. Schon Georg von Siemens, der erste Direktor der Deutschen Bank, hat sich in einer Reichstagsrede im Jahre 1900 leidenschaftlich für die Ausgabe von Aktien mit kleinem Nennwert und für ihre breite Streuung eingesetzt. Sein Grundgedanke, den später Dr. Abs popularisiert hat – das Kapital breiter Kreise der Großindustrie verfügbar zu machen und jene Kreise einerseits dem komplexen Entscheidungsprozeß fernzuhalten, andererseits dem privatwirtschaftlichen System enger zu verbinden –, bleibt auch heute noch die Richtschnur unserer Vermögens- und Beteiligungssysteme (vgl. Unsere Mitarbeiter, S. 91).

Für diesen Dienst schulden wir den Kleinaktionären besondere Aufmerksamkeit. Zu ihrer befriedigenden Information gehört neben der Dividendenbekanntmachung ein farbenfroher, bilderreicher und mit technischen Mitteilungen ansprechend zubereiteter Geschäftsbericht.

LEHRLINGE

Leider stehen der Jugend zumeist nicht genügend Erziehungskräfte gegenüber, weshalb diese wenigen manchmal umso schärfer durchgreifen müssen. Da mag es dann schon einmal vorkommen, daß der Erziehung zu Pflicht, Ordnung, Achtung und Unterordnung mit handfesten Maßnahmen nachgeholfen werden muß. Wenn allerdings gewisse Kreise immer wieder die alten Geschichten aufwärmen, wonach Lehrlingen von Ausbildern Ohren eingerissen, Fingernägel mit dem Messer abgeschnitten, Hände in die Drehbank eingedrückt, sie mit den Köpfen zusammengestoßen, mit Handkantenschlägen, Ohrfeigen usw. gezüchtigt und beim Putzdienst zum eigenhändigen Entfernen von Exkrementen genötigt wurden – so können wir dazu guten Gewissens erklären, daß 1. die Prügelstrafe abgeschafft ist, daß es sich 2. nur um wenige aufgebauschte Vorfälle aus dem Münchner Raum handelt und daß 3. im Prinzip auch harte Erziehungsmittel noch keinem echten Siemensianer geschadet haben.

Geht man davon aus, daß die Ausbildungszeit so intensiv wie möglich genutzt werden soll, so kann man uns auch nicht zum Vorwurf machen, daß wir zuweilen die Erholungspausen der Lehrlinge verkürzen oder sie über ihre formalen Beschwerdemöglichkeiten nicht aufklären. Oder daß wir sie die Berichtshefte nicht während der Arbeitszeit schreiben lassen – jedenfalls solange, bis die Lehrlinge auf das Berufsbildungsgesetz pochen. Damit sie nicht schon frühzeitig gewerkschaftlicher Demagogie zum Opfer fallen, sehen wir uns gezwungen, den Jugendvertretern nur ein enges Betätigungsfeld zu lassen oder sie zu versetzen oder zu kündigen, wenn sie allzu aktiv werden. Diese notwendigen Erziehungsaufgaben erschwert das neue Betriebsverfassungsgesetz bedauerlicherweise in einigen Punkten.

Da die Ausbildungskosten für das Haus nicht unerheblich sind, kann den Lehrlingen für diese Arbeiten höchstens ein kleiner Zuschlag auf ihre Erziehungsbeihilfe – die heute zwischen 200 und 325 DM liegt – gegeben werden. Einen gewissen Kostenausgleich erzielen wir allerdings dadurch, daß wir den Kunden für Lehrlingsarbeit den halben Satz eines Facharbeiters anrechnen und den Akkordhelfern, wenn sie nicht Lehrlinge wären, zuweilen das vierfache des Lehrlingslohns zu vergüten wäre. Wenn als Folge dieser Tätigkeiten oder der stark betriebsbezogenen Ausbildung zu befürchten ist, daß die Mehrzahl der Lehrlinge unserer Werkberufsschulen ihre Abschlußprüfung nicht besteht, lassen wir sie einen Aufbaulehrgang bei der Industrie- und Handelskammer besuchen und dort das nötige Rüstzeug für die Prüfungen erwerben. Wo uns diese Ergänzung für den Betriebszweck nicht erforderlich scheint, scheitern eben nicht selten ein Drittel der Prüflinge.

FÜHRUNGSKRÄFTE

Dr. phil., Dr.-Ing. E.h. HERMANN VON SIEMENS

Der 1885 geborene Enkel des Firmengründers ist heute, nach einem langen, arbeitsreichen Leben für unser Haus, Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats (AR). Hermann von Siemens, der noch in Bismarcks Forst das Schießen lernte und als Soldat, wie seine jüngere Schwester überlieferte, die »wahre Schießstimmung« der Offiziere und Unternehmer gegen die »Sozis« teilte, wurde 1941 Chef des Hauses, das er bis 1956 führte. Obwohl 1945 auf die Kriegsverbrecherliste gesetzt, kehrte er bald wieder unbelastet an die Spitze des Hauses zurück (vgl. Unsere Geschichte, S. 30). Von 1954 bis 1964 leitete er die Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. – eines der bedeutendsten Gremien zur Koordinierung staatlicher und rüstungswissenschaftlicher Interessen. Unser vielfach geehrter Senior ist u. a. Mitglied des Kuratoriums des Stifterverbandes für die Deutschen Wissenschaften.

Dr. rer. pol. PETER VON SIEMENS

Seit November 1971 hat in Peter von Siemens die Generation der Urenkel des Gründers die Führung des Hauses, d.h. den Vorsitz des AR inne. Unser 1911 geborener Chef war während des Krieges vor allem in Südamerika tätig. Er wirkt auch heute in mehreren bedeutenden Aufsichtsräten mit, die in der Übersichtstabelle (S. 73) verzeichnet sind. Als Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) und Mitglied des Wirtschaftsrats der CDU setzt er sich unermüdlich für das Wohl und Werden unserer gesellschaftlichen Ordnung ein.

Dr. rer. pol. h. c. HERMANN J. ABS

Hermann Josef Abs – der Dreiklang dieses Namens steht für den Doyen der deutschen Wirtschaft, den als stellvertretenden AR-Vorsitzenden verpflichtet zu haben eine besondere Genugtuung für unser Haus ist. Die großen Verdienste des jahrelangen Chefs der Deutschen Bank reichen bis in die 30er Jahre zurück. Durch seinen Weitblick verhalf Abs nach 1933 manchem deutschen Unternehmer zu günstigen Erwerbungen. Die Pläne zur Ausweitung des deutschen Lebensraums im 2. Weltkrieg wurden zu einem nicht geringen Teil von ihm mitentwickelt und im Gesamtinteresse der Wirtschaft ausgearbeitet. Der große Europäer und Berater des Reichswirtschaftsministers strebte schon damals nach einem vom Deutschen Reich beherrschten »neuen Europa, das auf den Schlachtfeldern dieses Krieges geschmiedet wird«. Etwas zu idealistisch, hatten ihn die Amerikaner bereits 1944 auf die Liste der »ökonomischen Kriegsverbrecher« gesetzt und 1946 fast beleidigende Worte für seine Tätigkeit gefunden (»Abs war der Spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband.«). Doch beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft korrigierten die Alliierten schnell solche aus der Hitze des Gefechts resultierenden Einschätzungen.

Der Finanzier und Freund Konrad Adenauers verfügte bereits in den frühen 50er Jahren wieder über 20 AR-Mandate (1944 waren es 57, 1966 : 33) und zahlreiche, in seinem Sinne verabschiedete Gesetze zur Erleichterung des Unternehmerrisikos. Heute sitzt der 70jährige noch in 16 Aufsichtsräten, darunter häufig als Ehrenvorsitzender (vgl. Übersichtstabelle).

DER BETRIEBSFRIEDEN UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Wer bei allen diesen betrieblichen Vorzügen und sozialen Leistungen noch meint, sich gewerkschaftlich organisieren zu müssen, dem legen wir selbstverständlich kein Hindernis in den Weg. Schon deshalb nicht, weil ohnehin nur 5 % unserer Arbeitnehmer bei der IG Metall organisiert sind. Und auch diese wenigen Gewerkschaftsmitglieder, besonders diejenigen mit verantwortungsvollen Ämtern im Gesamtbetriebsrat und Aufsichtsrat, haben sich bislang zum größten Teil harmonisch in die Siemens-Familie einfügen lassen. Offene Aussprache, umfassende Information, gegenseitige Achtung und Verständnis erleichtern uns die Lösung gemeinsamer Fragen. Ja auch dann, wenn größere Teile der Belegschaft in Unruhe geraten, dürfen wir damit rechnen, daß die Betriebsräte ihre Verantwortung ernst nehmen.

Als wir z. B. 1970 den traditionellen bezahlten »Siemens-Feiertag« am Pfingstdienstag abschafften, fiel den Betriebsräten die Aufgabe zu, die aufgebrachten und teilweise sogar streikenden Mitarbeiter zur Raison zu bringen, die Diskussionen und Betriebsversammlungen zu diesem Thema zu unterbinden und bei der Kündigung der Störenfriede zu helfen, die eigenmächtig ihr Recht auf Unterschriftensammlung zur Einberufung einer Betriebsversammlung mißbrauchen zu müssen meinten. Wir erwarten, daß die Betriebsräte unvorhergesehene Forderungen der Belegschaft registrieren und abfangen, wenn sie über den Rahmen unternehmerischen Wollens und Könnens hinausgehen. Unter guter Zusammenarbeit verstehen wir auch, daß die Betriebsräte von ihren Mitspracherechten nicht allzu beflissen Gebrauch machen.

Bei so vielen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten muß es jedermann einleuchten, daß wir der Forderung nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung so hart und so lange wie möglich entgegentreten. Natürlich sind auch wir der Meinung, daß Mitbestimmung am Arbeitsplatz ein berechtigtes Anliegen der Arbeitnehmerschaft ist. Wenn aber betriebsfremde Gewerkschaftsvertreter in unserem Hause das Wort haben sollen, müssen wir schwerste Störungen der unternehmerischen Ordnung befürchten.

Wir wollen nicht ganz ausschließen, daß bei den zukünftigen Anforderungen der beschleunigten Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit mögliches Unbehagen der Arbeitnehmer durch verstärktes Heranziehen der gewerkschaftlichen Interessengruppe abgefangen werden muß. Wenn es dabei jedoch nicht gelingt, die Gewerkschaftler zu integrieren, werden für die schöpferische Freiheit des Unternehmens verheerende Folgen entstehen. Die Arbeitnehmerseite könnte dann ermuntert werden, weitere Forderungen und »Rechte« anzumelden, Aufhebung der Friedens- und Schweigepflicht durchsetzen wollen usw. Deshalb gilt es auch hier den Anfängen zu wehren.

Für den Streikfall haben wir einen Notstandsplan zur Hand, der u. a. die Verlegung unserer Streik-Zentrale in Zweigbetriebe, die Beschaffung von Ausweichdruckereien für Flugblatt-Aktionen und den Kontakt mit der Polizei regelt. Außerdem werden Fotoapparate mit Tele-Objektiven und Tonbandgeräte bereitgehalten, um gegebenenfalls Beweismaterial für die Gerichte zu sichern. Und schließlich sind wir in der Lage, zu den Leitern unserer Ausländerwohnheime und zu anderen Schaltstellen Funkbrücken herzustellen, falls die Telefonzentralen besetzt werden. Solche Abwehrmaßnahmen mögen dem einen oder anderen übertrieben scheinen – wir kämen auch lieber ohne sie aus. Wir wissen aber auch: Für die legitime Verteidigung der stabilen Grundlage unserer wirtschaftlichen Ordnung darf kein Mittel zu aufwendig sein. Mit der gelegentlichen kostenlosen Verteilung der ›Bild-Zeitung‹ an den Arbeitsplätzen ist es ja leider nicht getan.

Wir wollen nicht leugnen, daß es auch im Hause Siemens eine ganz, ganz kleine Minderheit von Leuten gibt, die die Aufforderungen unserer Führungskräfte, den Kampf um unsere Ordnung an allen Fronten zu führen, allzu wörtlich nehmen und ihrerseits uns den Kampf erklären. Diesen unternehmensfeindlichen Kräften wissen wir jedoch mit den bewährten Mitteln zu begegnen – so kompromißlos es das Betriebsverfassungsgesetz, die Betriebsräte und die öffentliche Meinung erlauben. Diese Leute sind bedauerlicherweise nicht selten auf dem linken Flügel der Gewerkschaften zu finden, oft sogar im Vertrauensleutekörper. Deshalb müssen wir den Vertrauensleuten bisweilen untersagen, sich im Werk zu versammeln. Oder wir müssen einzelne aus der Siemens-Familie ausstoßen oder zumindest unerbittlich mit dem Ausstoß drohen.

Wenn sich gewisse Gruppen anmaßen, den Namen Siemens und das geschützte Zeichen des Hauses im Kopf einer sogenannten Betriebszeitung zu verwenden, sehen wir uns gezwungen, ihnen einen Prozeß anzudrohen. Wenn solche Gruppen ihre demagogischen Ergüsse vor unseren Toren verteilen und dann noch aufwieglerische Kundgebungen veranstalten, schrecken wir sie durch unseren Werkschutz ab, der solche Arbeiter, die diesen Gruppen zuhören oder gar durch Zeitungskauf mit ihnen Kontakt aufnehmen, fotografieren und so unsere »schwarzen« Listen, die eigentlich rote Listen heißen müßten, ergänzt.

Wenn diese Leute die Betriebsversammlungen zu ihrem Forum machen wollen, werden sie mit der Regelung abgeschreckt, ihre Redebeiträge zuvor schriftlich einreichen zu müssen. Wenn sie dennoch das Wort ergreifen, soll und wird ihnen das Rederecht entzogen oder das Mikrofon abgedreht. Und gewisse Scharfmacher und Wichtigtuer müssen eben früher oder später freigesetzt oder systematisch entmutigt werden. Und wenn dann ein Störenfried behauptet, die Geschäftsleitung werfe Leute aus dem Betrieb, die offen reden, müssen wir ihn wegen Störung des Betriebsfriedens, also aus innerbetrieblichen Notwendigkeiten entlassen.

Wir wollen und können diese Integrationsprobleme nicht verharmlosen. Gerade in unserer Gesellschaft, die in einem nicht immer kontrollierbaren Gärungsprozeß begriffen ist, kommt es darauf an, die Flexibilität zu finden, mit der die Mitverantwortung aller Kräfte innerhalb des Unternehmens in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden kann. Das bisher Erreichte verpflichtet zur konzentrierten Arbeit für die Zukunft.

Raus aus der Uni -

Es ist sicherlich richtig, wenn gesagt wird, wir hätten mit unserer forderung nach hochschulreform offene türen eingerannt: technokratische hochschulreform stand auf der tagesordnung und sie dient dem kapital. Doch wir müssen auch sehen, daß wir diese tür so weit aufgeschlagen haben, daß sie auf der anderen seite gegen die wand krachte: drittelparität, mitentscheidung bei der wahl von hochschullehrern und prüfern, einrichtung linker tutorenstellen, freie politische betätigung auf dem campus usw. Wir als studenten haben an u n s e r e m arbeitsplatz hochschule u n s e r e basis errungen für u n s e r e sozialistische und revolutionäre politische arbeit.



Diese position geben wir heute leichtfertig und fast kampflos auf. Einmal, weil uns die parteidogmatiker der KPD/AO (KSV) und anderer gruppierungen einreden wollen, in diesem system könne es für uns keine "freiräume" geben; zum anderen, weil sie diese freiräume, u n s e r e revolutionäre basis, als studentische privilegien denunzieren. Von der abwieglerischen funktion der ADSen als vorhaut der autoritären SEW, die als partei nur die funktion hat, systemstabilisierend für ruhe und ordnung zu sorgen, brauchen wir nicht zu reden.

Wir vergessen, daß sich auch die arbeiter ihre "privilegien": versammlungsfreiheit, koalitions- und streikrecht usw., i n n e r h a l b des kapitalistischen systems erkämpft haben und erkämpfen k o n n t e n . Sie haben ihre rechte im wesentlichen mit streiks durchgesetzt, allerdings in einem gesellschaftlichen bereich, in dem das system am empfindlichsten getroffen wird: im produktionsbereich.

Kann jedoch für uns als schüler und studenten ein streik im ausbildungssektor ein geeignetes mittel sein, um unsere forderungen gegen den staatapparat durchzusetzen?

Mit dem kampfmittel streik können wir als schüler und studenten die herrschenden an den schulen und universitäten nicht unmittelbar und somit auch nicht durchschlagend treffen: keine räder stehen still, profite werden nicht geschmählert. Löffler und die abgeordneten bekommen ihre gelder weitergezahlt, die staatliche verwaltungsbürokratie wird nicht betroffen, die SPD allenfalls angekratzt. Sie alle können warten. Wir aber müssen examen machen, klausuren schreiben, bekommen bald kein stipendium mehr...

10.12 (Tsp)

SPD-Linke widerspricht Löffler

Die „Vereinigte Linke" innerhalb der SPD widersprach jetzt auf einer Sitzung mit Stimmenmehrheit „auf das schärfste" den Absichten von Schulsenator Löffler, in Staatsprüfungen für Lehrämter nicht wie bisher zwei Hochschullehrer als Prüfer durch den Examenskandidaten auswählen zu lassen. Sie sieht darin den Versuch, „die Vertretung eines politisch nicht genehmen wissenschaftlichen Ansatzes auf administrativem Weg einzuschränken".

Gutachter: Zwei Millionen Menschen waren in Lebensgefahr

Bochum (AP). Durch unsachgemäße und unvollständige Entgiftung gefährlicher zyanidhaltiger Härtesalze sind im Sommer 1970 nach Ansicht von Sachverständigen rund zwei Millionen Menschen des Ruhrgebietes in höchster Lebensgefahr gewesen. Im Bochumer „Giftmüll-Prozeß" erklärte der Rüsselsheimer Sachverständige Dr. Herbert Scholz am Donnerstag, der 34jährige Chemotechniker Hermann Schelhorn habe damals unter freiem Himmel mit der Hand die Fässer zu entschärfen versucht, weil die Entgiftungsanlage nicht intakt war. Dabei seien vermutlich etwa 400 Kilogramm Blausäure freigeworden. Allein die Tatsache, daß Schelhorn dabei die Windrichtung berücksichtigte, habe eine Katastrophe verhindert.

Tgsp 8.12.72

NAPOLEON



rein in die Stadt!

Was können wir tun?

Streik ja! Aber streiks an hochschulen und schulen müssen e r g ä n z t werden und b e g l e i t e t sein durch a n d e r e kampfformen. Diese kampfformen ergeben sich einerseits aus unserer situation und unseren möglichkeiten als schüler und studenten und andererseits aus der lage des politischen senats hier in Berlin. Der senat als agentur des kapitals ist die institution, die uns direkt im ausbildungsbereich trifft, gegen den senat haben sich unsere maßnahmen als kampfmaßnahmen von schülern und studenten zunächst zu richten.

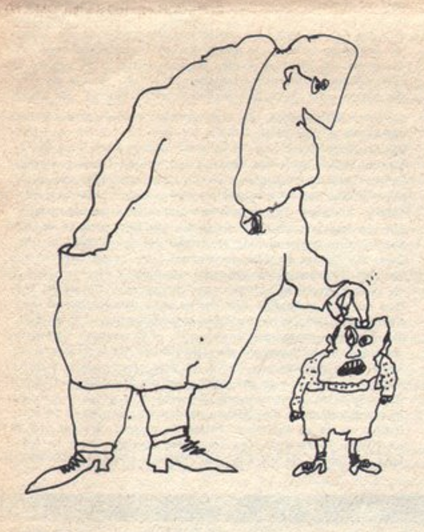
Dabei müssen wir uns zunächst einmal darüber im klaren sein, daß politische wie schulpolitische forderungen nicht dadurch in erfüllung gehen, daß wir mit den herrschenden nett diskutieren und von ihnen "einsichten" erwarten. Es geht nicht um einsichten, sondern um interessen. Und politik ist keine frage der einsichten, sondern eine frage der macht: interessen werden entsprechend den politischen (und ökonomischen) machtverhältnissen durchgesetzt.

Von dieser grundposition ausgehend, haben wir uns zu fragen, wie wir uns stark machen und welche machtmittel wir gegen den staatsapparat einsetzen können, und wie, wann und wo wir unsere mittel einsetzen können, um unsere forderungen durchzudrücken.

Der senat und die ihn tragende SPD müssen sich hier in Berlin vor ihren wählern, vor der CDU-konkurrenz und vor der Springer-presse immer wieder als antikommunistisch einerseits und als ordnungsfaktor andererseits legitimieren. Daraus beispielsweise dürften sich für uns möglichkeiten ergeben, den hebel anzusetzen: wenn es uns gelingt, Senat und SPD als ordnungsfaktor hier in der stadt infragezustellen, könnte der senat wieder ein interesse daran haben, mit uns ernsthaft zu verhandeln und zu zugeständnissen zu veranlassen sein.

Was heißt das? Das heißt, daß wir heraus müssen aus dem getto schule und universität und "unruhe" und "unordnung" in die stadt tragen müssen! Und wir müssen den herren im schöneberger rathaus einen so nachhaltigen denkzettel verpassen, daß es ihnen geraten erscheint, ihre plumpen angriffe gegen uns und unsere berechtigten interessen für längere zeit einzustellen.

Welche objekte und welche mittel stehen uns zur verfügung, um den senat zu treffen? Wir meinen, wir müssen nicht gleich dem charakterwürstchen Löffler ein weihnachtspaket schicken oder es so machen wie van der Lubbe oder Stauffenberg. Zwischen allzufriedlichen "Kampfdemonstrationen" und dynamit gibt es eine skala unausgeschöpfter möglichkeiten, von denen sich viele durchaus im rahmen der "legalität" bewegen. Zum beispiel ist es nicht kriminell, mit trupps in die schulen zu gehen während des unterrichts, um ihnen zu erzählen, was sie eines tages an lehrstelle und universität erwartet (sie werden diese auflockerung des unterrichts begrüßen). Go ins in Löfflers behörden sind besonders hübsch, wenn wir uns mit blumen bewaffnen, um seinen angestellten und beamtinnen die umwelt zu verschönern. (Revolution muß spaß machen!) Der senat legt großen wert auf ein gutes theater-image der stadt und die theatersaison hat bereits begonnen. Tragen wir zur verschönerung des berliner theaterlebens bei! (Wo Berlin doch kaum etwas anderes hat als das.) Dabei kommt es nicht darauf an, die von den arbeitern subventionierten bürgerlichen Theaterbesucher zu agitieren, sondern primär darum, unsere forderungen gegen den senat durchzusetzen.



Wie die Revolution verkommt



ISRAEL - Geschichte eines kolonialistischen Unternehmens

ISRAEL IST DIE GESCHICHTE EINES KOLONIALISTISCHEN UNTERNEHMENS, DAS DIE VERFOLGTEN ZU VERFOLGERN GEMACHT HAT

Eine historische Skizze, angefertigt von der Manifesto-Redaktion (14.9.1972)

Der Staat Israel

Noch vor gut hundert Jahren dachte kaum jemand daran, den verstreuten Juden eine Rückkehr nach Palästina vorzuschlagen. Erst unter dem Einfluß der Faszination, die der Kolonialismus auf die europäische Bourgeoisie ausübte, begann man in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auch von einer jüdischen Kolonialisierung zu sprechen, doch war anfangs nicht einmal von Palästina sondern von bestimmten ostafrikanischen Gebieten die Rede. Der Gedanke einer "Heimkehr nach Palästina" war erstmals von Moses Hess im Jahre 1862 vorgebracht worden und wurde bald von französischen Finanzkreisen, die damals gerade die Kolonialisierung Algeriens vollendet hatten, aufgegriffen. Sie hatten schnell begriffen, daß die Verwirklichung dieser Idee zu einer Konsolidierung des europäischen Kolonialismus führen könnte. Die gleiche Vorstellung war es auch, die Theodor Herzl, den Begründer des Zionismus inspirierte, als er in seinem Buch "Der Judenstaat" (erschienen 1896 in Wien) schrieb: "Laßt uns zum Wohle Europas im Vorderen Orient einen Vorposten gegen Asien gründen, indem wir uns zur Schutzwache der Zivilisation gegen die Barbarei erheben!".

Finanziell getragen wurde das erste zionistische Unternehmen von Baron Edmond de Rothschild, dem französisch-jüdischen Großbankier, der die ersten Landstücke erwarb und das Anfangskapital zur Kolonialisierung bereitstellte. Als die ersten jüdischen Siedler das Land betraten, war es keine selbständige politische Einheit (bis 1914 sollte es ein vergessener Winkel des Ottomanischen Reiches bleiben). 500 000 Araber lebten dort zusammen mit ein paar Tausend Juden. Die Neuankömmlinge aus Europa, die der scharfen Kontrolle Rothschilds unterlagen, hatten allerdings wenig oder nichts mit den zionistischen Idealen zu tun: sie wurden schnell zu typischen Pflanzern, nicht anders als die Franzosen in Algerien oder die Engländer in Rhodesien. Die palästinensischen "Fellachen", die seit jeher den Boden bearbeitet hatten, den arabische Großgrundbesitzer in den Städten (die "Effendi") nun an die Juden verkauften, wurden zwar anfangs verjagt, aber dann als Landtagelöhner wieder eingestellt.

Doch mit der zweiten jüdischen Einwanderungswelle in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts kam ein neuer Siedlertyp nach Palästina: junge Osteuropäer, die in ihren Heimatländern einem raschen Proletarisierungsprozeß unterworfen waren und stark unter dem sozialistischen Einfluß des "Bundes" gestanden hatten, jener Organisation jüdischer Arbeiter, die um die Jahrhundertwende mit der Sozialdemokratischen Partei Rußlands zusammengearbeitet hatte. Paradoxerweise waren es gerade diese beschäftigungs- und mittellos nach Palästina gekommenen Linken, die die Vertreibung der Araber bewirkten: sie verfolgten das Ziel, der zionistischen Einnistung den Charakter einer Arbeiter-Kommune zu geben, weswegen sie die "jüdische Arbeit" proklamierten. Damit begann die sogenannte Kolonisierung durch die Arbeiter unter der Losung von der "Eroberung der Arbeit". Der eigens zu diesem Zweck gegründete Jewish National Fund sammelte in aller Welt Kapitalien zum Ankauf von Land, das zum Eigentum des jüdischen Volkes erklärt wurde und denjenigen Siedlern zur dauernden Nutzung überlassen blieb, die sich verpflichteten, es in eigener Person zu bearbeiten. So wurden die Fellachen auch aus ihrer Restposition als Landtagelöhner vertrieben. Es entstanden die ersten Kibbutzim.

Die Zionisten taten so, als ob sie nicht bemerkten, daß das Land bereits bewohnt war. Hier haben wir ein spezifisches Merkmal des zionistischen Kolonialismus: statt sich auf die Ausbeutung der einheimischen Arbeitskraft zu gründen, verdrängt er diese und ersetzt sie durch seine eigene. Dadurch entsteht eine scharf von der arabischen getrennte Wirtschaft.

Das Ottomanische Reich stand der jüdischen Einnistung nicht unfreundlich gegenüber, da es sich von ihr ein Gegengewicht gegen den aufkommenden arabischen Nationalismus erhoffte, der seine im Niedergang begriffene Macht ernsthaft bedrohte. Demgegenüber benutzte England, das neben Deutschland und Frankreich ebenfalls Nahostinteressen verfolgte, diesen Nationalismus für seine Ziele, indem es sich auf die arabischen Großgrundbesitzer stützte, um so den Zerfall des Ottomanischen Reiches zu beschleunigen und im Streit der Großmächte um dessen Erbe den Löwenanteil einstreichen zu können (hier haben die Unternehmungen des Captain Lawrence "of Arabia" ihren historischen Ort). Doch zugleich unterstützte England auch die Juden, um auf jeden Fall schon frühzeitig mehrere Eisen im Feuer zu haben.

Mit Ausbruch des Weltkrieges, in den Konstantinopel auf seiten der Mittelmächte eintrat, wuchs der Einfluß Englands in Palästina, erleichtert durch seine militärische Besetzung des Gebietes, gewaltig an. Die zionistische Führung erkannte frühzeitig, welches Gewicht Großbritannien gewinnen sollte, und schlug sich auf die Seite Londons, um eine Anerkennung ihrer Rechte zu erreichen und erste politische Ansprüche anzumelden. Am 2. November 1917 erfuhren ihre Forderungen eine erste förmliche Anerkennung in der "Balfour-Deklaration", benannt nach dem britischen Minister, der als erster die "Konstituierung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" regierungsamtlich befürwortete. Der Emir Feisal (Großvater des jetzigen Königs Hussein), ein wichtiger Verbündeter der Engländer, die ihm ein kleines Reich aus den ottomanischen Beständen zugeschoben hatten, verpflichtete sich seinerseits, "alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die vollständige Durchführung und Anwendung der Balfour-Deklaration zu gewährleisten".

Der "Links"zionismus

Drei Jahre später folgte die Konferenz von San Remo, auf der die Großmächte das Territorium unter sich aufteilten: Frankreich erhielt das "Protektorat" über Syrien und den Libanon, Großbritannien das über Palästina. Feisal bekam als Lohn für die Treue der Haschemiten-Dynastie die definitive Anerkennung seiner Souveränität über "Cisjordanien", ein von Palästina abgetrenntes Landstück westlich des Jordan. Die Palästinenser freilich wurden weder gefragt noch informiert: sie existierten überhaupt nicht.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen festigt die jüdische Kolonisation ihre Stellung durch zusätzlichen Landkauf und breitet sich in mehreren Einwanderungswellen weiter aus. Stärker noch als die vorhergehende Welle besteht auch die dritte im wesentlichen aus jungen sozialistischen Arbeitern aus Osteuropa ("Schillerkragen" genannt wegen ihrer Gewohnheit, die Hemden weit offen und ohne Krawatte zu tragen, um damit ihren Nonkonformismus auszudrücken), die einen ausgeprägt egalitären und sittenstrengen Zug in die neugegründeten Kibbutzim bringen. Sie sind es auch, die im Dezember 1920 die "Histadrut" gründen (den Allgemeinen Verband der jüdischen Arbeiter in Palästina), eine Gewerkschaft auf ethnischer Basis, deren Hauptziel die Förderung der jüdischen Arbeit - und damit die weitere Vertreibung der arabischen Arbeiter - ist.

Die Zeit zwischen den Weltkriegen ist aber auch die der ersten Revolten arabischer Palästinenser, die schließlich in einem überaus langen Streik (1933-36) und danach in einer regelrechten Bauernguerilla gipfeln. Der Aufstand wurde 1939 blutig unterdrückt, nachdem er von seinen bürgerlich-arabischen Führern, die sich persönlich um die Liquidation des bäuerlich-proletarischen Flügels der Bewegung kümmerten, im Stich gelassen worden war. Ergebnis des Streiks war lediglich der beschleunigte Zerfall des arabischen Wirtschaftssektors, während der selbständige jüdische Sektor eher davon profitierte und sich mit bedeutenden europäischen Finanzhilfen weiter ausdehnte. Der arabische Aufstand richtete sich naturgemäß prinzipiell gegen die jüdische Gemeinschaft - nicht zuletzt auch deswegen, weil er von den Engländern geschickt gelenkt wurde, die daraus ihren Nutzen zogen, um sich als Schiedsrichter aufzuwerfen und den britischen Einfluß zu stärken. Allerdings treten die Engländer nur der Form nach als Schiedsrichter auf, tatsächlich nutzen sie die ersten jüdischen Milizen, deren Aktivitäten sie decken, für ihre Zwecke. Es sind dies die "Hagana", ein Produkt der Histadrut, und die "Irgun Zwi Leümi", ein Ableger des rechten Flügels der Zionisten; beide Organisationen beginnen Mitte der dreißiger Jahre eine regelrechte Terroristenaktivität zur Einschüchterung der Araber. Zur gleichen Zeit organisiert der britische Captain Wingate seine "Special Night Commands", jüdisch-britische Sondereinheiten zur Ausführung von Repressionsexpeditionen. Der Adjutant dieses Wingate ist ein junger Jude mit glänzender Zukunft: Moshe Dayan.

Doch als der Zweite Weltkrieg näherkommt, erhebt sich unter den Engländern die Sorge, daß eine allzu offene Unterstützung der Zionisten die Araber in die Arme der Deutschen und Italiener, der imperialistischen Konkurrenz Englands, treiben könnte. Daher veröffentlicht die britische Regierung im Mai 1939 ein Weißbuch, in dem sie sich verpflichtet, Palästina binnen zehn Jahren die Unabhängigkeit zu gewähren. Allerdings heißt es dort auch, daß Großbritannien die Region nur dann verlassen werde, "wenn es die Umstände erlauben" - so formuliert aufgrund einer Vorsprache der Zionisten, die fürchteten, daß sie "ohne Schutz" in einem Lande mit weit überwiegender arabischer Bevölkerung verbleiben müßten. Zum Ausgleich für diese pro-jüdische Erklärung bieten die Engländer den Arabern eine Begrenzung der jüdischen Einwanderungsquote: nicht mehr als 75 000 Personen in den folgenden fünf Jahren.

Der jüdische Terrorismus

Doch die antisemitische Verfolgung in Europa erreicht jetzt ihren Höhepunkt, und der jüdische Druck auf Palästina macht sich stärker bemerkbar. Die europäischen und amerikanischen Regierungen verweigern praktisch die Aufnahme der Flüchtlinge aus Deutschland und Italien und dann auch aus Polen und der Tschechoslowakei, als diese Länder von den Nazis besetzt wurden. (Von den insgesamt 2.562.000 Flüchtlingen zwischen 1933 und 1943 erhielten lediglich 6,6 % das Einreisevisum für die USA und 1,9 % das für Großbritannien. Nur die UdSSR nahm einen bedeutenden Anteil auf: 75,3 % - während nur 8,5 % die Einreise nach Palästina schafften. Im selben Jahrzehnt verschärften Belgien und die Niederlande ihre Einwanderungsgesetze, um den Flüchtlingen den Eintritt zu verweigern.) Diese Verweigerung hatte dramatische Konsequenzen: Ganze Konvois von schrottreifen Dampfern mit Tausenden von Juden an Bord wurden, als sie schon unter der Freiheitsstatue im Hafen von New York lagen, wieder nach Deutschland zurückgeschickt. Die St.Luis gelangte mit 900 jüdischen Passagieren nach Cuba und wurde an der Einfahrt gehindert: Hunderte sprangen ins Wasser und ertranken in der Bucht von Havanna.

Hier beginnt die illegale Einwanderung nach Palästina, unterstützt und organisiert von der Hagana. Das englische Marine-Oberkommando, das sich mit Rommel vor den Toren keine Feindschaft der Araber leisten will, zögert nicht, die Torpedoboote auf Flüchtlingsschiffe schießen zu lassen. Die Irgun Zwi Leümi geht zu terroristischen Aktionen gegen die Engländer über, wodurch sie in Konflikt mit der offiziellen zionistischen Führung gerät, die sich weiterhin in vorsichtiger Diplomatie an die Londoner Regierung anlehnt. In den britischen Regierungsgebäuden von Jerusalem und Tel Aviv werden Bomben gelegt. 1940 beginnt die "Stern-Bande" ihre noch drastischere Aktivität, für die sie sich das nötige Geld durch blutige Banküberfälle besorgt. Sie besteht aus etwa 300 Personen, die sich als die "Avantgarde der jüdischen Geheimarmee bezeichnen.

Die Attentate häufen sich. In Tel Aviv wird das Hotel King David, in dem die hohen britischen Beamten und Militärs Quartier bezogen haben, in die Luft gesprengt und in Kairo wird 1944 der britische Minister für Angelegenheiten des Vorderen Orients, Lord Moyne, ermordet. Die ägyptischen Studenten zeigen kurzzeitig eine gewisse Sympathie für die Juden und demonstrieren während des Prozesses gegen die Ministermörder auf den Straßen für sie. Doch die Chance für eine gemeinsame Front gegen England wird von den jüdischen Organisationen, die ihren Willen zur Jagd auf die Araber erneut bekräftigen, zunichtegemacht: für sie ist England nur eine vorläufige Zielscheibe unter dem taktischen Gesichtspunkt, daß London zu einer entschiedeneren Unterstützung des Zionismus gezwungen werden soll. 1945 sprengen Kommandos der Hagana, der Irgun und der Stern-Bande die Raffinerie von Haifa, eine der wenigen Werke, in denen auch Araber arbeiten; ebenso die Radaranlage des Hafens und die Flugplätze. Die britischen Soldaten werden einzeln abgeschossen , genau wie heute in Nordirland, und die Leichen werden mit Sprengstoff vollgestopft, um sie zu explosiven Fallen zu machen. Brücken und Büros fliegen in die Luft. Die Terroristen operieren auch im Ausland, wo immer sie die Engländer treffen können: so zum Beispiel

in Rom, wo sie unmittelbar nach Kriegsende die britische Botschaft sprengen.

Die Kommunistische Partei Palästinas, die einzige, in der Araber und Juden gemeinsam organisiert sind, ist unfähig zur Entwicklung einer selbständigen Politik: im Jahre 1942 spaltet sie sich in ihre beiden nationalen Teile, die sich dann beide an die jeweilige nationale Bourgeoisie anhängen.
Auch in den Jahren 1946–47 läßt der Druck der jüdischen Flüchtlinge, die bei Kriegsende aus den Vernichtungslagern der Nazis entkommen konnten und in ihrer Heimat nur zerstörte Häuser vorfanden, keineswegs nach. In keinem Lande werden sie aufgenommen, und viele werden beim Versuch der illegalen Einwanderung nach Palästina von den englischen Torpedobooten vor der Küste abgefangen. 1947 beträgt die Zahl der auf Zypern von den Engländern festgehaltenen heimatlosen Juden 450.000 (die USA haben von 1945–47 nur 25.000 aufgenommen).
Dies sind die Jahre, in denen die öffentliche Weltmeinung, erschüttert von der Nachricht über die Vernichtung von sechs Millionen Juden, mit den Zionisten zu sympathisieren beginnt – wobei man sich freilich wohl hütet, gegen die restriktiven Einwanderungsgesetze im eigenen Lande zu protestieren. In Amerika bildet sich die jüdische Lobby, die mit Unterstützung wichtiger Politiker die Schaffung eines Staates Israel fordert. In England erklärte die Labour Party noch 1944 treuherzig: "In dem Maße wie die Juden nach Palästina kommen, werden die Araber zur Auswanderung ermuntert." Doch als Labour dann an die Regierung kommt, verfolgt sie aus Furcht vor einem Verlust der britischen Kontrolle über die arabische Welt weiterhin die Politik der Konservativen nach der alten Devise des "divide et impera".

Das Gemetzel von Deir Yassin

Zu diesem Zeitpunkt schlägt die UNO eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat vor. Der Plan wird von den USA und von der UdSSR unterstützt, da beide erreichen wollen, daß England aus Palästina abziehen muß. Das jüdische Territorium sollte etwa 55 % des palästinensischen Gesamtgebietes umfassen, obwohl die Juden nicht mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten. Eine Befragung der Palästinenser ist natürlich nicht vorgesehen. Als feststeht, daß die Teilung mit dem Auslaufen des britischen Mandates am 1. Oktober 1948 verwirklicht werden soll, beginnen die Juden vollendete Tatsachen zu schaffen: ihre Terroraktionen richten sich jetzt gegen die Araber, um sie zum Verlassen des Landes zu zwingen und so die jüdische Macht auszudehnen. Hunderte von Palästinensern werden durch bewaffnete Überfälle auf die Dörfer und die Arbeiterviertel in den Städten niedergemetzelt. Am 9. April 1948 werden in Deir Yassin 250 Frauen und Kinder von der Irgun Zwi Leümi massakriert. Nachdem 300.000 Araber, die keine politische Führung und keine Widerstandskraft mehr haben, durch diesen Terror aus dem Lande gejagt worden sind, proklamiert Ben Gurion am 14. Mai 1948 einseitig den Staat Israel. Der UNO-Vermittler Graf Bernadotte, der die Richtlinien für die Teilung (die selbst schon hinreichend ungleich waren) durchzusetzen versucht, wird ermordet.
Großbritannien fürchtet nun, seinen Einfluß ganz zu verlieren und veranlaßt daher die Arabische Liga, die von pro-britischen Großgrundbesitzern geführt wird, zum Krieg gegen den neuen Staat.

Doch dieser Krieg ist eine Farce: Golda Meir und der Emir Abdullah verhandeln gleichzeitig insgeheim über die Aufteilung Palästinas bei vollständiger Ausschaltung der Palästinenser. Als der Waffenstillstand 1949 unterzeichnet wird, kontrollieren die Zionisten fast das ganze Land.
Von den 859.000 arabischen Palästinensern bleiben nur 133.000 in Israel. Der Landbesitz der Geflohenen, mehr als 100.000 Hektar, wird entschädigungslos beschlagnahmt und in Staatsbesitz überführt aufgrund eines Gesetzes, das alle Araber enteignet, die "abwesend sind" (d.h. mit Terror vertrieben wurden). Weitere 20.000 Hektar der im Lande verbliebenen Palästinenser werden in den folgenden Jahren ebenfalls enteignet aufgrund von neuen Gesetzen, die sie zur Herausgabe ihres Landes zwingen. Palästina ist somit ausgelöscht, seine Bewohner haben kein Land mehr und leben seither eingeschlossen in Flüchtlingslagern. Nach dem 6-Tage-Krieg von 1967 kamen die neuen Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten noch hinzu.

(Aus "Terrorismus der Schwachen und der Starken", Merve-Verlag)

NEUE GEDICHTE VON ERICH FRIED:

DEIR JASSIN

Ich habe gelesen
vom Palästinenserdorf Deir Jassin
Zweihundertvierundfünfzig
(fast nur Frauen und Kinder und Alte)
die ermordet wurden
von den Einheiten Lechi und Etzil
unter Joschua Zetler
und Mordechai Raanan

Aber es fällt mir schwer
mir ein Bild zu machen
Und ich will mir ein Bild machen
um es nicht zu vergessen
um es im Kopf zu haben
dort wo es hingehört

Wohin gehört Deir Jassin
in meinem Kopf?
Es gehört zu Guernica
und zum Warschauer Ghetto
Es gehört zu Lidice
und zu Oradour
Es gehört zu My Lai
und zu Bin-Du-Ong in Vietnam

Wenn ich das Bild
des jüdischen Jungen sehe
der vergeblich die Hände hochhob
am Ende des Warschauer Ghettos
dann brennen mich meine Augen
Ich habe die Bilder der Kinder
von Deir Jassin nicht gesehen
Ich weiß nicht einmal
ob Israels Krieger
das Fotografieren erlaubten

Waren das andere Kinder?
Ich glaube nicht
Ich glaube die Bilder aus Warschau
und die brennenden Hütten in Vietnam
stellen mein Bild zusammen
von Deir Jassin

Wir Juden sind groß
so groß wie die größten Völker
Wir haben Marx und Heine
und Freud und Einstein
Wir haben Meir Har-Zion
den großen Arabertöter
und Mordechai Raanan
und Joschua Zetler
die Sieger von Deir Jassin
die jeden Vergleich bestehen
mit Leutnant William Cally
dem Besiegerdes Dorfes My Lai
und Jürgen Stroop SS
dem Besieger des Warschauer Ghettos

Jürgen Stroop ist gehenkt worden
aber Joschua Zetler hat später
gesagt von Deir Jassin:
"Diese Aktion
war ein Wendepunkt in unseren Kämpfen
Sie hat den Arabern
Todesangst eingejagt
und ihre Moral untergraben
und so geholfen
Tiberias zu erobern
und Haifa und zehn oder zwanzig
arabische Dörfer deren Bewohner alle
davonliefen: Deir Jassin
hat viel jüdisches Blut gespart"

Warum Palästinenser sich nicht fügen

Die Muselmanen
das war in Auschwitz der Name
für die die sich fatalistisch
in alles fügten
wie das angeblich gläubige Moslems tun

Die Muselmanen
versuchten nicht Essen zu stehlen
Sie waren nicht zornig
und kämpften nicht gegen ihr Schicksal
Sie hielten sich an die Vorschriften
ihrer Vernichter
und starben willenlos nach wenigen Wochen
Das Wichtigste war
kein Muselman zu werden

Von den anderen die leben blieben
fanden nach Ende des Krieges
viele in Israel eine neue Heimat
Nun wurden die Palästinenser
im Gazastreifen
und in den Nachbarländern
in Lagern untergebracht

Wer kämpfte in diesen Lagern
gegen sein Schicksal
dem drohte von Israel Tod
durch Bomben oder durch Napalm
oder im Gazastreifen durch nächtliche
Selektion
der verdächtigen Widerstandskämpfer
die spurlos verschwanden

Israelische Sprecher erklären
sie wollen den Arabern
(sie meinen die Palästinenser)
weiter nichts antun
solange sie sich ruhig verhalten in
ihren Lagern
und sich abfinden mit ihrem Schicksal
wie es Muselmanen geziemt

Erich Fried, Jude aus Wien, emigrierte 1938, mit 17 Jahren, nach England. Seit 1946 freier Schriftsteller, u.a.: "und Vietnam und", "Anfechtungen", "Intellektuelle und Sozialismus", Shakespeare-Übersetzungen (alles Wagenbach-Verlag).

RAF

Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes

Wir dokumentieren hier einen Auszug aus dem neuen RAF-Papier.

DAS MASSAKER

Brandt, Genscher, Merck, Schreiber, Vogel, Daume, Brundage und wie die Charaktermasken des Imperialismus alle heißen, haben keine Sekunde lang daran gedacht, die Forderungen der Revolutionäre nach Freilassung der Gefangenen zu unterstützen. Sie haben, noch bevor Golda Meir überhaupt benachrichtigt war und Stellung genommen hatte, schon nur und ausschließlich darüber nachgedacht, wie sie die Revolutionäre am besten – mit Gas oder Sturmtrupps oder Präzisionsschützen oder wie nun – massakern könnten. Alle Aufschübe des Ultimatums, das sie mit Lügen und falschen Versprechen erreicht haben, diente ihnen nur zu einem ausschließlichen Zweck: für die Vorbereitung des Massakers Zeit zu gewinnen. Sie hatten nur ein Ziel, nur ja dem Moshe-Dayan-Faschismus – diesem Himmler Israels – in nichts nachzustehen. Die Dokumentation des Bayerischen Innenministeriums vom 7. Sept. über den Ablauf der Ereignisse – als erste Dokumentation immer noch ungeschminkter als was danach kam – besteht aus nichts anderem als Gewinsel und Beteuerung, daß man doch in Wirklichkeit genauso ein Schwein sei wie Moshe Dayan, alles genauso gedacht war wie sein heimtückisches Vorgehen gegen die Flugzeugentführer in Tel Aviv, daß man wirklich alles getan hat, die Revolutionäre ebenso viehisch in die Falle zu locken – bloß eben leider, leider...

Daß Genscher so weit gegangen ist, den Austausch der Geiseln für den 6. Sept. morgens um 8 Uhr in Kairo zu versprechen, verschweigen die westdeutschen Dokumentationen – das hat erst der Leiter der Ägyptischen Delegation bei den Olympischen Spielen mitgeteilt.

Entsetzt war das imperialistische Ausland nur über die Unfähigkeit der Deutschen, wieder einmal nicht nur die Kommunisten, sondern die Juden gleich mit liquidiert zu haben.

Israel vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik. Sie benutzt München eben gerade nicht als Vorwand, wenn es jetzt palästinensische Dörfer bombt – es tut, was es sowieso tut als imperialistisches System: es bombt gegen die Befreiungsbewegung. Es bombt, weil die arabischen Völker die Aktion des Schwarzen September begriffen haben, weil die Aktion von den Massen verstanden worden ist: daß ihr Feind nicht nur Israel ist, daß ihr Feind der Imperialismus ist, daß nicht nur Israel blutrünstig ist, nicht nur die USA gegenüber Vietnam, sondern der ganze Imperialismus gegen alle Befreiungsbewegungen, daß es ohne antiimperialistischen Kampf keinen Sieg im Volkskrieg gibt.

DEMASKIERUNG

Der Schwarze September hat die Charaktermasken der sozial/liberalen Koalition und ihrer Propagandisten entlarvt, indem er die wirklichen statt der vermeintlichen Widersprüche des Systems auf die Spitze getrieben hat: den Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den Völkern der III. Welt, er hat sie gezwungen, schon zu einem Zeitpunkt ihre wirklichen Ziele und Intentionen preiszugeben, wo sie sich das eigentlich noch gar nicht leisten können. Die Bullen spielten nicht mit, weigerten sich, das Massaker im Flugzeug durchzuführen. Die Nachrichtenjournalisten spielten nicht mit. Das →

Ausland spielte nicht mit. Die westdeutschen Massen begriffen, wen sie mit Westdeutschland vor sich haben: imperialistische Ausrottungsstrategen.

Demaskieren heißt, sie zwingen, den übernächsten Schritt vor dem nächsten zu tun, sie zwingen, ihre Ziele Preis zu geben, so daß jeder sehen kann, wo's lang geht. Ihnen das zu einem Zeitpunkt aufzuzwingen, wo die revolutionäre Linke noch zu Gegenstrategien in der Lage ist, nicht erst, wenn alles verboten und gefeuert ist und in den Gefängnissen sitzt. Demaskieren heißt, die Widersprüche auf die Spitze zu treiben, das Gesetz des Handelns zu bestimmen, die Initiative zu ergreifen, wo es noch geht, nicht erst, wenn es nicht mehr geht. - Bei der herrschenden Pressekonzentration und der prinzipiellen Einigkeit des Establishments sich vorzustellen oder sich zu behaupten, das System könnte nochmal um Vorwände verlegen sein oder mangels Vorwänden sogar zusammenbrechen, weshalb zu seiner Erhaltung beisteuert, wer Vorwände liefert, ist kindisch. Auf dem Niveau von Wahlkämpfen und Waschmittelwerbung findet der antiimperialistische Kampf nicht statt.

ANTIIMPERIALISTISCHES BEWUSSTSEIN

Die antiimperialistische Aktion zielt propagandistisch auf die Dialektik von Sein und Bewußtsein, insofern die Loyalität der Massen gegenüber dem System ihr Glauben an seinen schönen Schein ist, seine Versprechen, seine Lügen, seine jede Spontaneität entmutigende Perfektion die Anpassung der Massen an den "stummen Zwang der Verhältnisse" (Marx), die sich den Massen als Naturtatsache aufdrängen. Die antiimperialistische Aktion zerstört die Symmetrie von Selbstdarstellung des Systems plus Manipulation und Massenloyalität, provoziert es zum Eingeständnis der Wahrheit, zu der die Menschen noch allemal sagen: das hätten sie nicht gewollt. Sie gehen in der Tat davon aus, daß die Unerträglichkeit des Systems längst massenhaft empfunden wird, kein Hirngespinst ist, wie die Opportunisten glauben machen möchten.

Wer hat das Massaker in Fürstenfeldbruck gewollt? Die Sportler, die von der Olympiade abgereist sind, haben es nicht gewollt. Die Menschen, die nur bedrückt und erschrocken die Fortsetzung erlebt haben, die die ungeheure Kaltschnäuzigkeit des IOC und der Springerpresse empfunden haben, haben es nicht gewollt. Idiotisch zu glauben, die Revolutionäre hätten es gewollt. Sie wollten die Freilassung der Gefangenen. Sie wollten das, was 100 000e in diesem Land immer noch wollen: daß nicht gefoltert wird - weshalb die politischen Gefangenen hier nicht gefoltert werden - daß Landraub, Mord, Napalm, Bombenterror gegen palästinensische Flüchtlingslager durch Israel nicht geschieht. Auch deshalb sind sie massakert worden. Weil Erfolg unendlich viel mehr Identifikation mit ihnen und ihrer Revolution bedeutet hätte - mit ihrer "menschlichen Haltung", ihrem Mut, ihrer Solidarität, als eine Niederlage das kann.

Antiimperialistisches Bewußtsein faßt angesichts der Perfektion von imperialistischer Herrschaft schwer Fuß. Die Massen kriegen jeden Tag die Bild-Zeitung um die Ohren geschlagen. Von allen Seiten mit vorfabrizierten Meinungen und Veranstaltungen eingedeckt ist es schwer, seiner Trauer und seinem Entsetzen Ausdruck zu geben.



"TERROR"

Die Aktionen der RAF zielten auf die Herstellung von antiimperialistischem Bewußtsein. Die Charaktermasken des Systems hatten das begriffen. Sie hatten begriffen, daß diese Art von Kampf langfristig auf ihre Massenbasis abzielt, weil Widerstand langfristig anzieht, ermutigt, nicht abstößt. Mit der Taktik der gefälschten Bombendrohungen - gegen Stuttgart angewandt - sind sie voll darauf eingestiegen, nachdem sie mit hunderten von Wohnungsdurchsuchungen, tausenden durchkämmten Straßenkilometern und millionenfachem Appell durch die Medien in die Sympathisanten-scene der RAF nicht einbrechen konnten. Mit der Taktik der gefälschten Bombendrohungen und gleichzeitiger Unterdrückung der



GUDRUN ENSSLIN.

Gegenerklärungen der RAF durch die Medien, erzeugten die Bullen selbst das Chaos, das dann von sich aus nach Sicherheit und Ordnung verlangt. Die sozialistische Linke war unfähig, die echten von den gefälschten Bombendrohungen zu unterscheiden, obwohl alle echten gegen Herrschaft gerichtet waren, auf Räumung abzielten, Unterbrechung von Herrschaftsbetrieb, Kulturbetrieb, Kommunikationsbetrieb, Medienbetrieb - nur die Stuttgarter waren gegen Menschen gerichtet - offen faschistisch, massenfeindlich.

Der antiimperialistische Krieg bedient sich der Waffen des Systems im Kampf gegen das System - die Konterrevolution terrorisiert das Volk. Die legale Linke - von den Aktionen der Bullen verwirrt - hat den Opportunisten (Negt) das Terrain überlassen.

(Was im einzelnen zu den Verhaftungen von Juni und Juli zu sagen ist, müssen die Genossen im Knast selber sagen.)

SCHWARZER SEPTEMBER

An der Aktion des Schwarzen September in München gibt es nichts mißzuverstehen. Sie haben Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber Ausrottungspolitik betreibt. Sie haben ihr Leben eingesetzt, um ihre Genossen zu befreien. Sie wollten nicht töten. Sie haben ihr Ultimatum mehr als aufgeschoben. Sie haben angesichts der unnachgiebigen Haltung Israels vorgeschlagen, die israelischen Geiseln als Gefangene zu behalten. Die israelischen Geiseln waren mit diesem Ausweg einverstanden. Sie sind von den deutschen Behörden genauso getäuscht worden wie die Revolutionäre. Die deutsche Polizei hat die Revolutionäre und die Geiseln massakert.

Die Aktion des Schwarzen September in München wird aus dem Gedächtnis des antiimperialistischen Kampfes nicht mehr zu verdrängen sein.

Der Tod der arabischen Genossen wiegt schwerer als der Tai-Berg.

DER STEIN, DEN SIE IN FÜRSTENFELDBRUCK AUFGHOBEN HABEN, DIESE BESTIEN, WIRD AUF IHRE EIGENEN FÜSSE FALLEN !

SOLIDARITÄT MIT DEM BEFREIUNGSKAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES !

MAHLERS ANTWORT AUF DIE AMENDT-SAMMLUNG

Im Knast 14.11.72

Rot Front! Genossen,

man hört's und möchte es nicht glauben: unter dem Vorwand der proletarischen Solidarität wird gesammelt, damit Günter Amendt dem Springer den durch unsere vereinten Anstrengungen nach dem Mordanschlag auf Rudi zugefügten - leider viel zu klein ausgefallenen - Schaden repariert. Damit ist das, was sich einst Apo nannte, nun restlos auf den Hund gekommen.

Wenn es um die Förderung von proletarischen Jugendkommunen, um die Sicherung des Georg v. Rauch-Hauses, um die Revolutionierung des Knasts oder um die Unterstützung der palästinensischen Genossen geht, ist Solidarität für die meisten, die noch etwas Geld haben, ein unverständliches Fremdwort. Geht es aber darum, einem Bürgersöhnchen die löchrig gewordene bürgerliche Existenz zu flicken, rollt der Rubel.

Solche "Solidarität" ist ein Verbrechen am G e n o s s e n Amendt, der dadurch verleitet werden soll, wieder in die Scheiße seiner kleinbürgerlichen Existenz einzutauchen und drin stecken zu bleiben.

Solche "Solidarität" ist ein Affront gegen alle Genossen, in deren Leben sich die Frage einer bürgerlichen Existenz nie gestellt hat und sich auch nie stellen wird, - eben weil sie Proletarier von Geburt sind. Solche "Solidarität" ist ein Armutszeugnis für jene, die sie üben; denn sie zeigen damit, daß sie an ihren Schuldgefühlen verblödet sind.

Solche "Solidarität" ist schließlich Verrat an den Genossen, die gegen den Mordanstifter Springer und seine Hintermänner kämpfen und sich durch nichts - und schon gar nicht durch zeitweilige Mißerfolge - entmutigen lassen.

Als uns Axel Cäsar Springer - lange vor rechtskräftiger Entscheidung über die Schadensersatzklagen - einen Vergleich anbot,

waren wir - Günter Amendt, K.D. Wolff und ich - uns einig, daß wir nicht berechtigt seien, stellvertretend für alle Genossen, die Ostern 68 am Kampf gegen die Springerpresse teilgenommen hatten, diesem Schwein die verlangte Genugtuung zu verschaffen. Uns war klar, daß nach einer eventuellen Niederlage an der juristischen Front die einzig mögliche Form der Solidarität eine kämpferische Aktion zur Verhinderung der Zwangsvollstreckung sein könnte.

Wir waren entschlossen, falls die Linke zu derartigen Aktionen wegen des momentanen Kräfteverfalls nicht mehr in der Lage sein würde, die Folgen dieser Schwäche zu tragen. Der Feststellung, daß an Springer auch nicht ein einziger Pfennig gezahlt werden dürfe, hat Günter Amendt damals nicht widersprochen. Der G e n o s s e Günter Amendt ist bei uns im Wort! Der K l e i n b ü r g e r Amendt aber soll uns mit seinen Problemen, die er bei der Rettung seiner kleinbürgerlichen Existenz hat, gefälligst nicht belämmern.

Genossen, macht ihm klar, daß er - verdammt nochmal - die Pfoten von dem Geld zu lassen hat; daß wir es ihm nicht gestatten, auch nur eine einzige gespendete Mark an Springer, das Schwein, zu zahlen.

Sorgt dafür, daß das gesammelte Geld der Roten Hilfe übergeben wird, damit es zu gleichen Teilen für die Unterstützung von proletarischen Jugendkommunen, für die Knastarbeit und für die palästinensischen Genossen verwendet wird.

O jeh - manchmal möchte man wirklich kotzen! Aber trotzdem:

Wir werden siegen!
Horst

Die Einschwärzung ist von Horst Mahler

Bundesanwalt Kaul entging nur knapp einer Ohrfeige Gudrun Ensslins

Turbulente Szenen löste im Mahler-Prozeß in Berlin am Mittwoch das erste überraschende Auftreten von Gudrun Ensslin und Andreas Baader aus. Die beiden prominenten Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe waren kurz zuvor mit zwei Charterflugzeugen unter umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen in Begleitung von Astrid Proll und Gerhard Müller nach Berlin geflogen worden.

Gudrun Ensslin war erst wenige Minuten im Gerichtssaal, als sie den Versuch unternahm, Bundesanwalt Felix Kaul tätlich anzugreifen. Nach mehreren verbalen Ausfällen gegen das Gericht verweigerte sie schließlich jede Aussage. Zunächst hatte sie sich geweigert, in der kugelsicheren Glaskabine Platz zu nehmen und verlangte, vor den Richtertisch zu treten. Dort erklärte sie in barschem Ton: „Ich werde weder Platz nehmen, noch will ich hier vorn bleiben." Als jedoch auch ihrem Wunsch nach größerem Abstand der sie bewachenden Polizeibeamten stattgegeben wurde, drehte sich Gudrun Ensslin blitzschnell um und stürzte auf den erhöhten Tisch der Anklagevertreter zu, um Bundesanwalt Kaul zu ohrfeigen. Kurz bevor sie den Bundesanwalt erreichte, konnte sie durch einen dazwischenspringenden Kriminalbeamten daran gehindert werden.

Ihre Anhänger im Zuschauerraum brachen in Jubel- und Protestschreie aus. Rufe wie „Drecksäue, Schweine" gegen die Polizisten ergänzte Gudrun Ensslin mit dem wütenden Ausruf „Mini-Freißler" gegen die Richter. Dann ließen die Richter den Zuhörerraum räumen.

Auf eine Frage des Gerichtsvorsitzenden antwortete Gudrun Ensslin: „Ich hab' nichts mehr zu sagen, hier nicht und Ihnen nicht." Auf die Frage, ob sie sich auch nicht über ihre Personalien äußern wollte, schrie sie zurück: „Ach halten Sie's Maul, ich hab's deutlich genug gesagt." Die Androhung der später verkündeten dreitägigen Ordnungsstrafe quittierte sie mit den Worten: „Tun Sie's doch, Mummenschanz, lebende Leichname."

Auf die Rechtsbelehrungen durch den Vorsitzenden entgegnete sie schließlich: „Ihre Pflicht ist es, mich zu vernichten, dafür werden Sie bezahlt, meine Aufgabe ist es, Sie zu vernichten." Sprach's und ließ sich widerwillig aus dem Saal führen.

Auch Andreas Baader verweigerte Aussagen zur Person. Nach der Mittagspause begann er sogleich ein Zwiegespräch mit Horst Mahler. Der forderte ihn auf, eine Erklärung der „Rote-Armee-Fraktion" zu verlesen, um ihren Sympathisanten die politischen Zielsetzungen der Gruppe mitzuteilen.

HORST BÜSCHER

Frankf. Rundsch.

KNASTOTHEK 15.11.1972

Strafanstalt Tegel, 1 Berlin 27
Seidelstr. 39
Hilmar Buddee, Gerhard Knuth, Klaus Hoppstädter, Rolf Maurer, Gerhard Zawiszewski

Jugendstrafanstalt Plötzensee, 1 B 13
Heckerdamm 16
Hans-Jürgen Donth

Frauenhaftanstalt, 1B21, Lehrter Str. 61
Verena Becker, Katharina Hammerschmidt, Brigitte Monhaupt, Annerose Reiche, Inge Viett

5 Köln 30, Rochusstr. 350
Astrid Proll, Ulrike Meinhof, Jan Raspe

53 Bonn, Wilhelmstr. 1
Gerhard Müller

54 Koblenz, Simmernstr. 14a
Holger Meins

4 Düsseldorf, Ulmens-tr. 95
Andreas Baader

43 Bielefeld, Postfach 220
Till Meyer

31 Celle, Postfach 910
Harry Eisermann

2 Hamburg 36, Holstenglacis3-5
Werner Hoppe, Margrit Schiller, Manfred Schneider (geb. 3.4.54)
Ingolf Seifert

2848 Vechta, JVA Frauen, Postfach 143
Ilse Bongratz, Käthe Schulz, Vera Fromm, Renate Gens

205 Hamburg 80, Neuengammer Heerweg 1403
Wolfgang Jandt

43 Essen, Krawehlstr. 59
Gudrun Ensslin

87 Würzburg, Otto str. 3
Dieter Hartmann, Manfred Kessler

6 F-Preungesheim,
Rainer Thiemann

Untersuchungshaftanstalt Moabit, 1B21
Alt Moabit 12a
Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid SChubert, Hans-Jürgen Bäcker, Eric Grusdat, Heinrich Jansen, Horst Mahler, Dieter Kunzelmann, Alfred Mährländer, Joachim Tiedtke,
Wolfgang Knupe

8 München 90, Stadelheimer Str. 12
Bernhard Braun, Günther Premel, Dimitri Todorov, Hans-Georg Schmidt, Klais Singer,

8214 Bernau, Postfach 23
Edgar Wolz

844 Straubing, Äußere Passauer Str. 90
Rolf Heißler, Rolf Pohle, Heine Schoof

8851 Kaisheim, Hofgasse 40
Peter Schult, Karl-Heinz Krause, Joachim Haupt

8602 Ebrach, Marktplatz 1 (Jugendstrafanstalt)
Edmund Bach, Karl-Heinz Kuhn, Roland Otto, Richard Preindl

8890 Aichach, Schloßplatz7
Margit Czenki

85 Nürnberg, Bärenschnazstr. 68
Willy Piroch

7 Stuttgart 40, Aspergstr. 60
Ulrich R. Luther, Helmut Pohl

Frauenhaftanstalt Gottzell, 707 Schwäbisch Gmünd
Carmen Roll

75 Karlsruhe, Riefstahlstr. 9
Siegfried Hausner

755 Rastatt, Hildastr. 17
Wolfgang Huber

3 Hannover, Schulenburger Landstr. 145

Dr. Pille

325 Hameln, Münsterwall 2, Postfach 600
Bernd Morosow

334 Wolfenbüttel, Am Ziegenmarkt 10
Rudi Bunkowski

758 Bühl/Baden, Hauptstr. 94
Ursel Huber, Irmgard Möller

65 Mainz, D.-v-Isenburg-Str. 2
Marianne Herzog (Post: 6 Ffm, Landgericht, Gerichtstr. 2 Staatsanwalt, 4 JS 886/72)

666 Zweibrücken, J.-Schwebel-Str. 33
Charles Corley, Larry Jackson, Klaus Jünschke, Manfred Graßhof, Wolfgang Grundmann

6353 Diez/Lahn, Limburgstr. 122
Eddy A. Bind

Schreibt den Gefangenen!

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN



Spenden für die Gefangenen:
berlin: sonderkonto r. fink pscha b-west 337 637
hamburg: dresdner bank hh nr. 84-539 333
münchen: städtische sparkasse nr. 907 113 189

Auskünfte zu den Gefangenen: Rote Hilfe Berlin im Sozial. Zentrum, Moabit, Stephanstr. 60, Tel.: 35 45 79

Das Regionale Organisations-Kommitee (ROK) der Hochschulstreiks gibt Auskünfte und nimmt Informationen entgegen unter 838 33 44.

Kleinanzeigen

Tausche:
4-Zimmerwohnung in Charlottenburg, 150 qm, Bad, Küche, Balkon, Ofenheizung, 263,-DM Miete
gegen:
2- bis 6-Zimmerwohnung mit Dusche oder Bad in Kreuzberg oder Wedding
Tel.: 306 86 81

VW zu verkaufen für 80,-DM
Tel.: 306 86 81

Kleinanzeigen für drei Mark in Briefmarken an Berliner Anzünder, 1 B. 21, Stephanstraße 60, Hof (im Sozial. Zentrum).

Tausche:
große Halle (Fabrikräume) in Wedding, 300 qm, Dachterasse, Zentralheizung
gegen:
4- bis 5-Zimmerwohnung in Wedding
Tel.: 462 46 91, ab 16 Uhr

Im Juli wurde im Rahmen einer Beschlagnahmeaktion gegen ein Rote Hilfe-Info die Nummer zwei des Berliner Anzünders beschlagnahmt - nachdem die Nummer drei bereits restlos verkauft war.

In einer Analyse über die Neue Linke gibt SPONTAN 11/72 einige interessante Zahlen über die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken:

1. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die ihr nahestehenden Kräfte im nahezu parteikonformen Studentenbund AMS/Spartakus, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB)-Mehrheitsfraktion, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Westberliner Sozialistischen Einheitspartei (SEW) mit ihrem Jugendverband Freie Deutsche Jugend (FDJ) mit insgesamt etwa 40000 Mitgliedern.
Ziele: Verstaatlichung der Produktivkräfte, Zentralisierung aller Informations- und Entscheidungssysteme soweit technisch möglich, Diktatur des Proletariats als Diktatur des unkontrollierten Parteiapparates.
Diskussion: Anwendung moderner kapitalistischer Technologien auf die sozialistische Bewegung und die bereits existierenden „sozialistischen" Länder, für ‚Liberalisierung' im wirtschaftlichen Bereich (Marktmechanismus, Wertgesetz etc.); für „begrenzte Souveränität" (Breshnew-Doktrin): für Intervention in Prag.
Strategie: Friedlicher Weg zum Staatskapitalismus, friedliche Koexistenz der Machtapparate, innerstaatliche Feinderklärung.
Parteitheorie: DKP und SEW sind „die marxistisch-leninistischen Parteien schlechthin".

2. Die Jungsozialisten in der SPD und Teile des SHB mit insgesamt etwa 240000 Mitgliedern, davon allenfalls ca. 25000 aktive Linke.
Ziele: Wie die Altlinken wollen sie zum Teil durch eine reformfreudige, an den Arbeiterinteresssen orientierte SPD das „System" durch optimale Mit- und Selbstbestimmung verändern; Vergesellschaftung der Produktivkräfte, Dezentralisierung der Informations- und Entscheidungssysteme (hier gibt es divergierende Positionen) soweit technisch möglich.
Diskussion: Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktionsverhältnisse (u. a. anhand des RICHTA-Reports und der Texte französischer Industriesoziologen, u. a. Mallet, Touraine, Bourdet etc.).
Strategie: Arbeit bei den Jusos und an „der Basis", für „konfliktreichen Frieden" in den sozialen Beziehungen, also friedliche Aktionen.
Parteitheorie: Bolschewistischer Parteityp wird abgelehnt, langfristig für sozialistische Partei.

3. Die in parteiunabhängigen **Basisgruppen** oder **Bürgerinitiativen** zusammengeschlossenen etwa 10000 Linken, von denen etwa 600 mit dem Offenbacher **„Sozialistischen Büro"** kooperieren, das sich erfolgreich als „Dienstleistungsstelle" für SPD- und DKP-unabhängige Gruppierungen anbietet. Ziele, Strategie und Parteitheorie: wie Jusos.

4. Die sich vorwiegend am norddeutschen Kommunistischen Bund orientierenden **„Marxisten-Leninisten"** mit ca. 2000 Mitgliedern. Die KPD/ML hat sich inzwischen so oft gespalten, daß sie an sich nur noch in der Bochumer Gegend existiert.
Ziele: Stimmen wohl mit den Jusos überein, sollen aber mit einer bolschewistischen Partei nach chinesischem Vorbild über die Diktatur des Proletariats erreicht werden.
Strategie: Für friedliche und militante Aktionen.
Bei den parteiunabhängigen Sozialisten und den Sympathisantengruppen des Kommunistischen Bundes sind vorwiegend Jugendliche organisiert.

Die Linke in der BRD ist schwach und zu zerstritten ...

Am 24. Dezember, Mitternacht



GESTALTUNG: ULI STEIN aus MAD

Impressum: Redaktionskollektiv Berliner Anzünder, 1 Berlin 21 Stephanstr. 60, Hof (im SZ)
Diese Nummer hat eine Auflage von 3 000 Exemplaren.


JCH HAB 'NEN RICHTIG' DUFTEN JOB GEKRIEGT BEI SIEMENS.


JEDES FERTIGE STÜCK BRINGT DM 19,75 IM VERKAUF.


JCH FUMMEL DEN GANZEN TAG DIESE DINGER ZUSAMMEN


JCH MACH CA. 30 STÜCK DAVON IN DER STD. UND DAS 7 STDN. AM TAG


DAS BRINGT DM 4147.50 AM TAG. JUNGE, WAS 'NE LÖHNUNG!


ABER DER CHEF GIBT MIR DIE KNETE NICHT..
POOF


JCH KRIEG' 7.20 IN DER STD. DAS SIND DM 50.40 AM TAG UND DM 252,- IN DER WOCHE.


DAS SIND 20.485.50 DM UNTERSCHIED ZWISCHEN DEM, WAS ICH VERDIENE, UND DEM, WAS ICH BEKOMME. DER CHEF SAGT, ES IST WEGEN DER UN= KOSTEN.


JCH HAB' 'NE BUDE + VW ALS UNKOSTEN UND DER CHEF NE' VILLA + MERCEDES 600?!


DANN SCHNAPPT SICH DER STAAT 20% FÜR DIE RÜSTUNG, DA HAB' ICH NOCH AN DIE DM 200.- UND DANN BE= ZAHL ICH ARBEITSLOSENVERSICHE= RUNG, FALLS MICH DER CHEF MAL RAUSSCHMEIßT, UND FÜR DIE RENTE UND DIE KIRCHE UND FÜR DIE KRAN- KEN VERSICHERUNG. DA BLEIBEN MIR DANN DM 170.-


DAS IST DAS, WAS ICH MIT NACH HAUSE NEHME, WOANDERS KANN ICH DAMIT AUCH NICHT HINGEHN.
UND.


JCH DREH' DURCH